

ANDREAS RÖDDER

## DER MYTHOS VON DER FRÜHEN WESTBINDUNG

### Konrad Adenauer und Stresemanns Außenpolitik

In der Porträtgalerie deutscher Außenpolitiker des 20. Jahrhunderts hängen Gustav Stresemann und Konrad Adenauer an hervorgehobenen Plätzen. Im Abstand von einem Vierteljahrhundert haben beide an Frankreich orientierte Verständigungspolitik nach einem verlorenen Weltkrieg betrieben. Als sie aber gleichzeitig Politik zu machen hatten, gerieten sie in scharfen Konflikt. Nach den Gründen dafür ist häufig gefragt worden. Daran anknüpfend hat sich die Forschung immer wieder dafür interessiert, ob und wieviel der Kölner Oberbürgermeister Adenauer politisch mit dem späteren Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu tun hatte. Karl Dietrich Erdmann hat 1966 die These formuliert, Adenauer habe in einer Verbindung „von unbekümmelter Einfachheit der Zielsetzung mit listen- und einfallsreicher Vielfalt der Methodik“ in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in scharfem Gegensatz zu Stresemann zu den außenpolitischen Konzeptionen gefunden, derer er sich dann auch als Bundeskanzler bedient habe. Hans-Peter Schwarz hebt in seiner Adenauer-Biographie von 1986 vor allem auf Adenauers Pragmatismus ab, in den er auch „das totegeborene Projekt einer ‚Westdeutschen Republik‘“ von 1923 einordnet. Henning Köhler hingegen hat Adenauer als einen opportunistischen Lügner und Politiker der „abrupte[n] Schwenks“ festzulegen versucht, der nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg vorrangig „die faktische Unabhängigkeit des Rheinstaates“ angestrebt habe<sup>1</sup>.

Obwohl man meinen sollte, das Thema sei erschöpfend behandelt, eröffnen folgende Fragen neue Perspektiven: Läßt sich anhand von Stresemanns und Adenauers Reden und Handeln eine politische „Grundmotivation“ feststellen? Und welche Faktoren bestimmten ihr Verhältnis zueinander? Um Antworten zu finden, wird die Rhein-Ruhr-Krise von 1923/24 – denn hier kreuzten sich die Wege der beiden Politiker wie nie sonst – nach einer kurzen Einführung zunächst aus der Perspektive Stresemanns, dann aus der Adenauers geschildert. Wenn ein und derselbe Ablauf in zwei „Kameraeinstellungen“ zwei verschiedene Filme ergibt, dann deutet dies bereits auf die These hin, daß Adenauer und Stresemann vor allem anderen aus ihrer unterschied-

<sup>1</sup> Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 9 und 92; Hans-Peter Schwarz, Konrad Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart <sup>2</sup>1986, S. 229; Henning Köhler, Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986, S. 277 f.

lichen institutionellen Perspektive heraus in Konflikte gerieten. Adenauer war nicht Separatist oder praefigurierter Außenpolitiker, noch erschöpfte sich seine Politik in Pragmatismus. „Kommunale Wohlfahrt“ war sein einheitlicher politischer Urgrund, Stresemanns Perspektive hingegen die des Reichspolitikers und „Reichswohlfahrt“ sein Antrieb.

### I. Der Ruhrkampf

Als am 11. Januar 1923 sechs Divisionen französischer und belgischer Soldaten ins Ruhrgebiet einmarschierten, proklamierte die Regierung des Reichskanzlers Wilhelm Cuno den aus einem ganzen Bündel von Maßnahmen bestehenden „passiven Widerstand“. Die Regierung unterstützte die Bevölkerung an der Ruhr unterdessen mit Geld und Lebensmitteln. Das Konzept der Reichsregierung zielte darauf ab, „den passiven Widerstand so lange durchstehen zu können, bis das Ausland, von der Unsinnigkeit des französischen Vorgehens überzeugt und in seinen wirtschaftlichen Interessen getroffen, eingriff“<sup>2</sup> und Frankreich einer internationalen Lösung der Reparationsfrage zustimmte. England hielt sich indes zurück. Auch wenn man die französische Invasion mißbilligte, lag ein militärisches Eingreifen außerhalb jeden Vorstellungsbereiches<sup>3</sup>. Im britischen Kabinett glaubte man, die französische Politik „might not only alienate public opinion here, which at present was pro-French, but create a world opinion unfavourable to France“<sup>4</sup>. Auch die Vereinigten Staaten verlegten sich darauf, die französische Aktion zwar keineswegs gutzuheißen, jedoch erst einmal abzuwarten<sup>5</sup>.

Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, Vorsitzender der Vereinigung der Städte im besetzten Gebiet und Präsident des preußischen Staatsrates, war von all diesen Ereignissen zunächst nur am Rande betroffen, denn Köln lag in der britisch besetzten Zone. Seine Bestrebungen gingen zunächst dahin, die Briten in Köln zu halten<sup>6</sup>. Es galt, die elementarsten sozialen Auswirkungen des Ruhrkampfes auch auf die Kölner Zone zu bekämpfen. Er ließ trotz aller Finanzengpässe an den großen Kölner Bauprojekten weiterarbeiten<sup>7</sup>. Das stabilisierte die soziale Situation vorerst, und so sah es in Köln auch insgesamt wesentlich besser aus als im umliegenden französisch besetzten Gebiet.

<sup>2</sup> Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 201.

<sup>3</sup> Vgl. Herroann J. Rupieper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923*, Den Haag 1979, S. 118.

<sup>4</sup> Der britische Premierminister Bonar Law gegenüber dem französischen Botschafter in London am 12. 4. 1923, in: *Documents on British Foreign Policy 1919–1939, First Series* (zit.: DBFP, 1) XXI, London 1978, S. 207.

<sup>5</sup> Vgl. Werner Link, *Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt*, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), *Die Ruhrkrise 1923*, Paderborn 1985, S. 39–51, hier S. 46 und 48.

<sup>6</sup> Vgl. Marie-Luise Recker, *Adenauer und die englische Besatzungsmacht (1918–1926)*, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln*, Köln 1976, S. 99–121, hier S. 114 und 116 f. sowie Schwarz, *Aufstieg*, S. 260.

<sup>7</sup> Vgl. Schwarz, *ebenda*, S. 260 f.

Der Regierung Cuno gelang es nicht, außenpolitische Fortschritte zur Lösung des Konflikts zu erzielen. So „spielte sich der passive Widerstand im Ruhrgebiet ein, aus der Protestbewegung mit staatlicher Unterstützung wurde Alltag“<sup>8</sup>. Gustav Stresemann, Reichstagsabgeordneter der DVP und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag, hatte zwar zunächst entschlossen die Position der Regierung unterstützt<sup>9</sup>. Im April betonte er aber vor dem Reichstag den Charakter des Ruhrkampfes nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel für einen zukünftigen Wiederaufbau und forderte eine flexiblere Ruhrpolitik<sup>10</sup>. „Stresemanns neuer Kurs“<sup>11</sup> beinhaltete unterdessen zwei unverzichtbare Bedingungen deutscher Außenpolitik, an denen er auch während seiner Kanzlerschaft festhielt: Er beharrte auf dem Verbleiben von Rheinland und Ruhrgebiet im Reichsverband und lehnte eine Einstellung des passiven Widerstandes ohne gleichzeitige Räumung des Ruhrgebietes von den Besatzungstruppen strikt ab<sup>12</sup>.

Währenddessen verschärfte sich die Situation im Inneren täglich. Mit der Währung verfiel auch die Stabilität der Versorgung, es kam zu Hungerkrawallen, Plünderungen von Lebensmittelläden, Streiks, allgemeiner Unruhe, kommunistischen und rechtsradikalen Agitationen<sup>13</sup>. Am 12. August demissionierte der amtsmüde Cuno, und einen Tag später ernannte Ebert Stresemann zum Reichskanzler einer Koalition aus DVP, Zentrum, DDP und SPD; zugleich übernahm Stresemann das Außenministerium.

## II. Stresemann: Die Lösung der Krise über die Außenpolitik

Stresemann erklärte für seine Regierung vor dem Reichstag, die „beste außenpolitische Aktivität, die wir entfalten können, ist die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Lande“<sup>14</sup>, und dazu sei der Währungsverfall zu bekämpfen. In dieser auf den ersten Blick so unscheinbaren Äußerung steckt der Kern von Stresemanns Vorstellungen. Die Formel von der „Ordnung der inneren Verhältnisse“ knüpfte an die alte britische Forderung an, als Voraussetzung für Reparationsmodifikationen Währung und Finanzen

<sup>8</sup> Marianne Denk-Helmold, Die Reaktion der Reichsregierung Cuno auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen 1923 im Spiegel der Presse, Diss. Köln 1988, S. 15.

<sup>9</sup> Vgl. Alfred E. Cornebise, Gustav Stresemann und die Ruhrbesetzung. Die Entwicklung eines Staatsmannes, in: Wolfgang Michalka/Marshall M. Lee (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982, S. 177–208, hier S. 181 und 184.

<sup>10</sup> Vgl. Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode 1920, Band 359, Berlin 1923, S. 10572–10580 und Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard, Berlin 1932/33, I, S. 45–55.

<sup>11</sup> Cornebise, Stresemann, S. 185.

<sup>12</sup> Vgl. die Rede Stresemanns in Berlin vom 22. 4. 1923, in: Vermächtnis I, S. 56 f.

<sup>13</sup> Zur Inflation vgl. Daten in: Wolfgang Michalka/Gottfried Niedhart (Hrsg.), Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918–1933, München 1986, S. 117 ff.

<sup>14</sup> Vgl. Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode 1920, Band 361, Berlin 1924, S. 11839 f.

zu sanieren. In Stresemanns Vorstellungen spielte England eine Schlüsselrolle<sup>15</sup>, und er setzte seine Hoffnungen in der Krise auf eine britische Aktion zu Deutschlands Gunsten. Allerdings machte er sich zu rosig Vorstellungen von der britischen Bereitschaft zur Kooperation mit Deutschland und zum Konflikt mit Frankreich.

Stresemann äußerte am 2. September vor Pressevertretern zwei Gedanken, die einen Vorschlag Cunos aus dem Vorjahr weiterentwickelten. Zum einen sei Deutschland bereit, sich einem Staatenbündnis anzuschließen, das den gegenwärtigen Gebietsstand am Rhein auf eine zu bestimmende Zeit gegenseitig sichere. Dieser Vorschlag zielte auf das unbefriedigte französische Sicherheitsbedürfnis und sollte Dialogbereitschaft gegenüber Frankreich signalisieren – und in der Tat trug er ja auch die Ansätze von Locarno in sich. Zum anderen werde ein „wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland [...] für die Durchführung einer solchen Friedensidee die denkbar größte Friedenssicherheit bieten“<sup>16</sup>. Stresemann sandte immer wieder Signale an die französische Regierung aus, die diese jedoch nicht zu empfangen bereit war<sup>17</sup>.

Die Lösung des Ruhrkonfliktes stellte die vorrangige Aufgabe der Kanzlerschaft Stresemanns dar. Er hatte sich zwei Ziele gesetzt: die Erhaltung der Reichseinheit und die Räumung des Ruhrgebietes bei der Einstellung des passiven Widerstandes. Dabei verfolgte er zwei Methoden: er suchte den Kontakt zu England und signalisierte Frankreich gegenüber Gesprächs- und Kompromißbereitschaft. Praktisch baute er auf Flexibilität.

Der sich immer weiter beschleunigende Währungsverfall war Grundlage und greifbarstes Indiz der sich verschlimmernden Krise<sup>18</sup>. Sie konnte nur an der Wurzel gelöst werden, indem die Solidität der Währung und somit die Möglichkeit eines geregelten Warenverkehrs wiederhergestellt wurde. Stresemann war sich darüber im klaren, daß „die Politik vielfach zu einem Objekt der Währungsentwicklung geworden [ist]. Wer will denn daran zweifeln, daß nicht nur große soziale und wirtschaftliche, sondern auch politische Folgerungen einfach davon abhängig sind, ob es uns gelingt, irgendwie zu stabilen Währungsverhältnissen zu kommen.“<sup>19</sup> Die Währung war aber nicht zu re-

<sup>15</sup> Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt, von Schubert, vom 29. 8. 1923, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A: 1918–1925 (zit.: ADAP, A) VIII, Göttingen 1990, S. 311 und Krüger, Außenpolitik, S. 220.

<sup>16</sup> Stresemann, Vermächtnis I, S. 300; Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart, hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, V, Berlin o. J., S. 191. Vgl. die Aufzeichnungen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Maltzan, und Stresemanns vom 3. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 317–322. Eine ähnliche Idee hatte der Großindustrielle Hugo Stünnes bereits 1922 geäußert, war aber an angelsächsischem Widerstand gescheitert; vgl. Link, Ruhrkonflikt, S. 47 und Klaus Schwabe, Großbritannien und die Ruhrkrise, in: Ders. (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923, Paderborn 1985, S. 53–87, hier S. 72.

<sup>17</sup> Vgl. die Rede Stresemanns vor dem Industrie- und Handelstag vom 24. 8. 1923, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PA/AA), Nachlaß Gustav Stresemann 1, H 153984 f. und H 153987 f.; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge 39 (1923), S. 158 ff.

<sup>18</sup> Vgl. Daten dazu in: Michalka/Niedhart, Die ungeliebte Republik, S. 118 f. und in: Akten der Reichskanzlei (zit.: AdR). Die Kabinette Stresemann I und II, bearb. von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, 2 Bde., Boppard 1978, S. 1218–1223.

<sup>19</sup> Stresemann am 22. 11. 1923 vor dem Reichstag, in: Stenographische Berichte, Band 361, S. 12185.

formieren, wenn das Ruhrgebiet nach wie vor, statt Produktionsgüter zu liefern, nur Reichsgelder verschlang. Der passive Widerstand war nur noch auf absehbare Zeit finanzierbar und mußte so rasch als möglich ein Ende finden. Die Zeit saß Stresemann im Nacken, als er die bestmöglichen Konditionen für seine Einstellung herauszuholen versuchte.

Die französische Regierung wußte darum und war keineswegs gewillt, dem deutschen Reichskanzler seine Aufgabe zu erleichtern. Der mußte vielmehr Anfang September feststellen, daß Frankreich mit „einer Verquickung des Rhein- und Ruhrproblems [...] die wirtschaftlichen Grundlagen eines westlichen Staatsgebildes“ schaffen wolle<sup>20</sup>. Stresemann hoffte noch, die Einstellung des passiven Widerstandes wenn schon nicht an die Räumung, so doch an konkrete Zusagen der Franzosen binden zu können<sup>21</sup>. Der französische Ministerpräsident Poincaré aber blieb hart und gab seinem Botschafter in Berlin, Pierre Jacquin de Margerie, Anweisung, „sich auf die Diskussion von Details nicht einzulassen, solange der passive Widerstand nicht eingestellt sei“<sup>22</sup>.

Stresemann blieb die Hoffnung auf die britische Intervention. In England und in den USA setzte in der Tat im Spätsommer 1923 ein deutlicher Meinungsumschwung ein. Hatten sich einige Wirtschaftszweige zunächst am Ausfall von Konkurrenz erfreut, so überwogen zunehmend die wirtschaftlichen Nachteile des französischen Ruhrunternehmens, denn auf deutschen Märkten war immer weniger abzusetzen. Ein Interessenbündnis aus Industrie, Landwirtschaft und Hochfinanz zur Stabilisierung der europäischen Verhältnisse drängte die republikanische Administration im Sommer 1923 zu Vermittlungsbemühungen<sup>23</sup>. Aus England schienen ermutigende Signale zu kommen: Lord d'Abernon, der britische Botschafter in Berlin, stellte Deutschland „gentleman agreements“ für den Fall der Einstellung des Widerstandes in Aussicht<sup>24</sup>. Stresemann schien jedoch über solchen positiven Anzeichen die negativen schnell zu übersehen. Vom Auswärtigen Amt beklagte sich Schubert am 11. September bei d'Abernon, daß er „doch außerordentlich enttäuscht darüber sei, aus London so rein gar nichts zu hören [...] wir wären eben völlig außer Kontakt mit England geraten“<sup>25</sup>.

Stresemann wie die Reichsregierung hatten die Wahl zwischen Scylla und Charybdis. Entweder war der passive Widerstand zu opfern (und das zeichnete sich als

<sup>20</sup> „Richtlinien“ Stresemanns vom 7. 9. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 113.

<sup>21</sup> Vgl. das Gespräch Stresemanns mit dem belgischen Gesandten am 16. 9. 1923, in: AdR Stresemann, S. 290–294 und ADAP, A VIII, S. 383–386; vgl. auch die Aufzeichnung von Maltzans vom 17. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 386–389.

<sup>22</sup> Gespräch Stresemanns mit de Margerie am 17. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 392 und AdR Stresemann, S. 294 f.; vgl. auch Stresemanns Aufzeichnung über ein Gespräch mit de Margerie am 3. 9. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 102.

<sup>23</sup> Vgl. für England Schwabe, Großbritannien, S. 80; zur deutschen Einschätzung der britischen Haltung vgl. die Memoranden des deutschen Botschafters in London, Schamer, an das Auswärtige Amt vom 5. 7., in: ADAP, A VIII, S. 127 ff., und vom 16. 8. 1923, in: Ebenda, S. 268–273; für die USA vgl. Link, Ruhrkonflikt, S. 46.

<sup>24</sup> Vgl. die Aufzeichnung von Schuberts vom 29. 8. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 312 f. und die Ausführungen zu Stresemanns Gespräch mit d'Abernon am 3. 9. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 105.

<sup>25</sup> Aufzeichnung von Schuberts vom 11. 9. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 1, H 154053.

bedingungslose Kapitulation ab) oder aber die Aussicht auf eine Reform der Währung. Stresemann versuchte zunächst, die endgültige Entscheidung um ein paar Tage hinauszuschieben. Doch nachdem sich Poincaré und der britische Premier Stanley Baldwin am 19. September in Paris öffentlich einträchtig gegeben hatten<sup>26</sup>, begrub Stresemann seine Hoffnungen auf eine britische Intervention. Am 27. September wurden die Vertreter der alliierten Mächte offiziell über den Abbruch des passiven Widerstandes in Kenntnis gesetzt<sup>27</sup>.

Mißt man Stresemann an seinen Vorgaben, so hatte er auf der ganzen Linie verloren. Von seinen beiden Essentials hatte er die Räumung des Ruhrgebietes preisgeben müssen, und die Erhaltung der Reichseinheit wurde zusehends ungewisser, so daß die feierliche Bekundung im Aufruf an die Bevölkerung vom 26. September, kein Stück deutschen Bodens preiszugeben<sup>28</sup>, etwas vom Pfeifen im dunklen Keller hatte. Von seinen Methoden, der Gesprächsbereitschaft mit Frankreich und der Hoffnung auf das britische Eingreifen, hatte keine zum Erfolg geführt.

Raymond Poincaré beging in den vier Wochen zwischen dem 27. September und dem 25. Oktober indes entscheidende Fehler<sup>29</sup> – die deutsche Kapitulation vom 27. September wurde ihm zum Pyrrhussieg. Auch nach dem Abbruch des passiven Widerstandes sah Poincaré noch keinen Anlaß, auf deutsche Verhandlungsvorschläge einzugehen<sup>30</sup>. Er verweigerte jegliche Verhandlungen mit der Reichsregierung und bestand auf unmittelbaren Verhandlungen mit der Industrie<sup>31</sup>. Diese begann am 5. Oktober mit der Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines (MICUM) über die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Produktion zu verhandeln<sup>32</sup>. Poincaré wählte sich um den 20. Oktober kurz vor dem Ziel. Nachdem rheinische Separatisten am 21. Oktober in Aachen und in weiteren Orten geputscht hatten, glaubte er, nun breche in Deutschland das erwartete Chaos aus. Er hielt die Bildung eines rheinischen Staates für möglich,

<sup>26</sup> Vgl. das Telegramm des deutschen Geschäftsträgers und späteren Botschafters in Paris, von Hoesch, an das Auswärtige Amt vom 21. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 404 f.; vgl. auch Stresemann, Vermächtnis I, S. 128.

<sup>27</sup> Vgl. die Aufzeichnung Stresemanns über ein Gespräch mit d'Abernon am 27. 9. 1923 und den Rund-erlaß von Maltzans vom selben Tag, in: ADAP, A VIII, S. 417 f. und 422.

<sup>28</sup> Vgl. Michalka/Niedhart, Die ungeliebte Republik, S. 117.

<sup>29</sup> Vgl. zum folgenden Jacques Bariéty, Die französische Politik in der Ruhrkrise, in: Schwabe (Hrsg.), Ruhrkrise, S. 11–27, hier S. 21 ff.

<sup>30</sup> Vgl. die Aufzeichnung von Maltzans vom 29. 9., Stresemanns Instruktion an Paris und Brüssel vom 7. 10. und das Telegramm von Hoeschs vom 17. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 432 ff., 456 ff. und 499–502.

<sup>31</sup> Vgl. z. B. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift, in: Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK), Bestand 902: Oberbürgermeister Konrad Adenauer, 253/3, 713–718, das Telegramm von Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 10. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 471 ff. sowie die Aufzeichnung der Unterredung Professor Fritz Wittes mit Vertretern der Rheinlandkommission in Koblenz am 5. und 9. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 518 f.

<sup>32</sup> Vgl. von Maltzan an die Botschaften London und Paris am 8. 10. und Stresemann an die Botschaft Paris am 14. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 459 f. und 485–489; vgl. auch Karl Dietrich Erdmann, Alternativen der deutschen Politik im Ruhrkampf, in: Schwabe (Hrsg.), Ruhrkrise, S. 29–38, hier S. 32.

wenn dort nicht nur die Separatisten dafür eintraten, sondern auch legitimierte und reputierte Persönlichkeiten. Daneben stellte sich Poincaré im Glauben an den Rückhalt Englands und der USA eine große Verhandlungsrunde über alle ungelösten internationalen Probleme vor, in der Frankreich aus der Position des Stärkeren heraus auftreten und den Friedensvertrag von 1919 endlich zu seinen Gunsten revidieren könne. So traf Poincaré um den 25. Oktober zwei grundlegende Entscheidungen: die Separatistusbewegung zu unterstützen und den Vorschlag anzunehmen, ein Gutachten über die deutsche Zahlungsfähigkeit erstellen zu lassen<sup>33</sup>. Damit aber, so zeigte sich in den nächsten Wochen und Monaten, hatte er die Kontrolle über die Ereignisse nicht mehr in der Hand. Die Dinge liefen in eine ganz andere Richtung, als er sich vorgestellt hatte.

Denn unterdessen hatte der 27. September den entscheidenden Wendepunkt der britischen Auffassung markiert. Deutschland hatte mit dem Abbruch des passiven Widerstandes seine Bringschuld erfüllt, und nun war es an Frankreich, an einer verträglichen Lösung des Ruhrkampfes mitzuarbeiten<sup>34</sup>. Als die über die Reparationsfrage hinausgehenden französischen Ziele der Ruhrinvasion erkennbar wurden, ließ England seine Rücksichten fallen<sup>35</sup>. Die britische Regierung fragte in Washington an, ob Amerika zur Teilnahme an einer internationalen Expertenkonferenz bereit sei, und die amerikanische Antwort fiel positiv aus<sup>36</sup>. Die USA kehrten im Herbst 1923 nach Europa zurück, um das Versailler System „nach den Regeln des liberalen Modells der Friedenssicherung zu durchdringen und zu gestalten“<sup>37</sup>. Und sie hatten dabei keinerlei Interesse, sich mit einer traditionellen französischen Kontinentalhegemonie herumzuschlagen. Am 20. Oktober unterbreitete die britische Regierung einen Vorschlag zur Bildung einer Enquete-Kommission<sup>38</sup>, und vier Tage später stellte die Reichsregierung bei der Reparationskommission gemäß Artikel 234 VV einen Antrag auf Untersuchung der wirtschaftlichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands<sup>39</sup>.

Erst diese Neujustierung der europäischen Mächtekonstellation, erst dieser vielleicht wichtigste außenpolitische Einschnitt der zwanziger Jahre eröffnete die Mög-

<sup>33</sup> Vgl. DBFP, 1 XXI, S. 574 ff., 580 ff. und 594 ff.; vgl. auch das Telegramm des deutschen Geschäftsträgers und späteren Botschafters in Paris, von Hoesch, an das Auswärtige Amt vom 25. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 528 f.

<sup>34</sup> Vgl. das Telegramm Sthamers über ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Lord Curzon vom 27. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 423 f.

<sup>35</sup> Vgl. die Aufzeichnung von Maltzans vom 1. 11. 1923, in: Ebenda, S. 575 f.; Schwabe, Großbritannien, S. 76 f. Vgl. neben anderen die Rede Stanley Baldwins am 25. 10. 1923 in Plymouth: „we cannot contemplate with any satisfaction the disintegration or the disruption of that country, which must put back for years her powers of reparation. Nor can we contemplate the breaking-off of any part of Germany into a separate state which would at once break the Treaty of Versailles“, in: The Times vom 26. 10. 1923; vgl. auch Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, S. 285 f.

<sup>36</sup> Vgl. Curzon an den britischen Botschafter in Washington, 12. 10. 1923, in: DBFP, 1 XXI, S. 563 f.; vgl. auch Recker, Besatzungsmacht, S. 120 und 682 Anm. 129 (dort weitere Literaturhinweise) und Schwabe, Großbritannien, S. 69.

<sup>37</sup> Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917–1947, Paderborn/München u. a. 1989, S. 57.

<sup>38</sup> Vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 125.

<sup>39</sup> Text in: ADAP, A VIII, S. 506 f.

lichkeiten einer anderen deutschen Außenpolitik als der in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Nur unter diesem Vorzeichenwandel konnte Stresemann seine Außenpolitik von Locarno, Genf und Thoiry entfalten. Stresemann war sich, und mit ihm die Reichsregierung, wohl bewußt, daß eine Bewegung in die europäische Konstellation gekommen war, die sich für Deutschland sehr günstig auswirken konnte<sup>40</sup>. Stresemanns Rechnung ging von nun an auf.

Zwischen Mitte Oktober und Mitte November erreichte die innenpolitische Krise ihren Höhepunkt. Die französische Besatzungsherrschaft bestand unvermindert fort, und die Verhandlungen der Ruhrindustrie mit der MICUM mußten erst einmal anlaufen. Daraus wurde ein Wettlauf mit der Zeit, denn die Wiederingangsetzung der Wirtschaft war eine Lebensnotwendigkeit für das besetzte Gebiet. Soziale Zustände und Inflation verschlimmerten sich immer weiter: hatte man für einen Dollar noch im September Millionen Mark bezahlt, so im Oktober Milliarden und im November Billionen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 19% im Oktober auf 23% im November, der Winter stand bevor, und die Bevölkerung litt elementare Not<sup>41</sup>. Die Franzosen verschärften die Kontrollen an der Zollgrenze zum unbesetzten Gebiet und beschlagnahmten zunehmend Hilfsgelder des Reiches. Es gärte an Ruhr und Rhein, und dann brachen am 21. Oktober die Putsche der Separatisten aus<sup>42</sup>. Stresemann war sich der Gefahr eines endgültigen wirtschaftlichen und sozialen Kollapses im besetzten Gebiet, der dort nicht Halt machen würde, sehr wohl bewußt. Trotz aller gescheiterter Initiativen war er noch immer zu jedem Gespräch mit Poincaré bereit, und mittlerweile stellte er außer der Ablehnung eines selbständigen Rheinstaates nicht einmal mehr Vorbedingungen<sup>43</sup>. Deshalb lehnte er auch die von Reichsfinanzminister Hans Luther vehement geforderte Konkurserklärung des Reiches solange als möglich ab, um Frankreich nicht durch eine Einstellung der Besatzungskosten zu provozieren<sup>44</sup>.

Mitte Oktober forcierte die Reichsregierung die Planungen für die Währungsreform. Solange aber im Ruhrgebiet alles stillstand, war die Währung nicht zu decken. Nicht zuletzt aus dieser Überlegung heraus hatte die Reichsregierung den passiven Widerstand abgebrochen, aber die Hoffnungen auf eine Wiederingangsetzung der Ruhrindustrie hatten getrogen. Und nun steckte die Regierung noch tiefer im Dilemma:

<sup>40</sup> Vgl. die Äußerung Stresemanns vom 1. 11. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 263, H 146157: „Die aus London und Washington eingetroffenen Nachrichten gäben zu erkennen, daß eine starke Aktion zur Herbeiführung einer Lösung der Reparationsfrage im Gange sei“. Vgl. auch die Aufzeichnung von Maltzans vom selben Tag, in: ADAP, A VIII, S. 575 f. und Kenneth Paul Jones, Stresemann, the Ruhr Crisis, and Rhenish Separatism: A Case Study of Westpolitik, in: *European Studies Review* 7 (1977), S. 311–340, hier S. 330 f. und 333.

<sup>41</sup> Vgl. Wolfram Fischer, Wirtschaftliche Rahmenbedingungen des Ruhrkonflikts, in: Schwabe (Hrsg.), Ruhrkrise, S. 89–101, hier S. 95; vgl. auch AdR Stresemann, S. 580 f., 707 Anm. 2 und S. 1218–1223.

<sup>42</sup> Vgl. Stresemann, Vermächtnis I, S. 180; vgl. auch die Erklärung der Vorläufigen Regierung der „Rheinischen Republik“ zu deren Proklamation vom 29. 10. 1923, in: Michalka/Niedhart, Die ungeliebte Republik, S. 90.

<sup>43</sup> Vgl. die Instruktion Stresemanns an von Hoesch vom 14. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 485–489.

<sup>44</sup> Vgl. das Protokoll der Kabinettsitzung vom 20. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 668 und 672 sowie Stresemann, Vermächtnis I, S. 164 und 179.

nicht Währungsreform oder Aufrechterhaltung des Widerstandes hießen die Alternativen, sondern Währungsreform oder Fortsetzung der Unterstützungszahlungen für die besetzten Gebiete. Die möglichen politischen Folgen einer solchen finanziellen Abtrennung des besetzten vom unbesetzten Deutschland lagen auf der Hand. Schon während des passiven Widerstandes war immer wieder festgestellt worden, daß finanzielle Zuwendungen des Reiches an das besetzte Gebiet nur noch für sehr kurze Zeit aufrechterhalten werden könnten<sup>45</sup>. Am 24. Oktober nun gab Stresemann dem Kabinett bekannt, das Reich könne „den Kampf nicht mehr finanzieren. Das Ziel müsse sein, in Liebe zu scheiden, nicht in Haß.“<sup>46</sup> Stresemann schien resigniert zu haben und war allem Anschein nach kurz davor, auch sein Ziel der Bewahrung der Reichseinheit vor der Macht der Verhältnisse aufzugeben. Es brannte an allen Ecken und Enden des Reiches. In Sachsen und Thüringen weckten Koalitionsregierungen aus Sozialdemokraten und Kommunisten auf der einen Seite Hoffnungen auf einen deutschen „Roten Oktober“, auf der anderen Sorgen um die Reichsverfassung. Die sächsische Regierung wurde am 29. Oktober per Reichsexekution ihres Amtes enthoben<sup>47</sup>. Als die Reichsregierung nicht mit derselben Entschiedenheit gegen die fortschreitenden separatistischen Bestrebungen in Bayern vorging, beschloß die SPD am 2. November, die Koalition zu verlassen. Der nun einsetzende „Kampf um die Kabinettsneubildung“ stürzte das verbleibende Minderheitskabinett in eine Kabinettskrise. Vor seiner Fraktion äußerte Stresemann, er sei „das Hundeleben satt“<sup>48</sup>. Am 8. November trieb der Putsch Hitlers und Ludendorffs die Krise endgültig auf die Spitze.

Unterdessen wurden die ersten Auswirkungen der internationalen Wende zu Deutschlands Gunsten im Auswärtigen Amt bereits greifbar<sup>49</sup>. In der französischen Regierung machte sich seit Anfang November spürbar Unruhe breit. Die außenpolitische Isolation, die verstärkt einsetzende Abwertung des Franc (das Ruhrunternehmen kostete auch Frankreich zu viel) und zunehmende Unzufriedenheit der französischen Öffentlichkeit bewogen Poincaré, den Eindruck kompromißloser Starrheit abzuschwächen<sup>50</sup>. Unter dem zunehmenden internationalen Druck ließ er seinerseits von dem Druck auf die besetzten Gebiete ab. Ministerialdirektor von Schubert sprach gegenüber Lord d'Abernon am 8. November von der merkwürdigen Eile, mit der die Franzosen auf einen Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen drängten<sup>51</sup>. Die Ver-

<sup>45</sup> Vgl. ebenda, S. 106 f.

<sup>46</sup> Protokoll der Ministerbesprechung vom 24. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 711.

<sup>47</sup> Vgl. den Briefwechsel zwischen Stresemann und dem sächsischen Ministerpräsidenten vom 27./28. 10., die Ministerbesprechung vom 29. 10., in: AdR Stresemann, S. 860 f., 868 f. und 879–882 und Stresemanns Aufzeichnungen vom 29.–31. 10. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 189 f.

<sup>48</sup> Vgl. ebenda, S. 191–197 (Zitate: S. 194 und 196).

<sup>49</sup> Vgl. von Maltzan an die deutsche Botschaft in London am 2. 11., in: ADAP, A VIII, S. 581 ff., die Telegramme von Hoeschs vom 5. und vom 7. 11., in: Ebenda, S. 589 ff. und 606 f. und das Telegramm Sthamers vom 9. 11. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 263, H 146224.

<sup>50</sup> Vgl. Schwabe, Großbritannien, S. 69.

<sup>51</sup> Vgl. AdR Stresemann, S. 1004 Anm. 11, die Aufzeichnungen von Maltzans vom 5. 11. und von Schuberts vom 8. 11. 1923 über ein Gespräch mit d'Abernon, in: ADAP, A VIII, S. 592 f. und 613.

handlungen der Ruhrindustrie mit der MICUM zur Wiederaufnahme der Produktion strebten Mitte November ihrem Abschluß zu. Zur selben Zeit mühte sich ausgerechnet Poincaré, die nach dem 25. Oktober bald ins Stocken geratenen Vorgespräche zur Einsetzung der Sachverständigenkonferenz wieder in Gang zu bringen, was ihm auch Mitte November gelang<sup>52</sup>.

Die Reichsregierung setzte nun auf die Währungsreform und hoffte, auf diese Weise den gordischen Knoten der Reichskrise durchschlagen zu können. Der 15. November war als Stichtag für die Einführung der Rentenmark vorgesehen, die durch eine Hypothek auf den gesamten deutschen Grundbesitz gedeckt werden sollte. Und in der Tat erwies sich die Währungsreform nach kurzer Anlaufschwierigkeit als das entscheidende Instrument zur Überwindung der Krise.

Die Reichsregierung amtierte unterdessen seit dem Austritt der SPD als Minderheitskabinett auf Abruf. Dieser war seit dem 19. November abzusehen, und Stresemann entschloß sich, die Vertrauensfrage zu stellen. Der Reichstag entzog ihm das Vertrauen, und am 23. November demissionierte er. Einen Tag zuvor hielt Stresemann seine letzte Rede als Reichskanzler, in der er ein Resümee seiner Amtszeit zog. Er zeichnete ein dunkles Bild der Situation und appellierte an die Einsicht des besetzten Gebietes: „Ich glaube, das ist doch das wesentliche, was man hier auch vor dem Rheinlande einmal sagen sollte, daß dasselbe Deutschland, das nicht mehr in der Lage ist, irgendwelche anderen Reparationsleistungen zu machen, sich hier bereit erklärt hat, mit dem Rest seiner Leistungskraft einzutreten, um das Wirtschaftsleben dort in Gang zu bringen“<sup>53</sup>.

103 Tage hatte Stresemanns Kanzlerschaft gedauert, und auf den ersten Blick sieht die Bilanz mager aus: vor Frankreich hatte man kapitulieren müssen, das Ruhrgebiet blieb besetzt, und die Not der Bevölkerung war nicht beseitigt. Dem Kabinett Stresemann fehlten sichtbare Erfolge. Auf den zweiten Blick aber läßt sich Stresemanns Amtszeit ganz anders bilanzieren. Als die Räder des Ruhrgebiets sich im November wieder zu drehen begannen und das neue Geld ausgeteilt wurde, waren erste Symptome der Besserung zu greifen. Anfang Dezember traf die Reichsbahn ein Übereinkommen mit der französisch-belgischen Eisenbahnregie<sup>54</sup> und machte damit den Weg zu einem geregelten Eisenbahnverkehr frei. Die Reparationskommission faßte am 30. November den folgenreichen Beschluß, zwei Sachverständigenausschüsse einzusetzen, deren zweiter unter dem Vorsitz des amerikanischen Finanzmannes Charles Dawes 1924 den neuen Reparationsplan entwickelte. Bereits am 8. Dezember stellte auch die Reichstagsfraktion des Zentrums fest, „daß es bei der etwas günstigeren Entwicklung der Dinge in der letzten Zeit nicht notwendig sei, Änderungen verwaltungsrechtlicher oder gar staatsrechtlicher Art für das besetzte Gebiet vorzunehmen“, vielmehr sei abwartende Zurückhaltung angebracht<sup>55</sup>. Und Lord d'Abernon

<sup>52</sup> Vgl. DBFP, 1 XXI, S. 612, 627f. und 640ff.; Schwabe, Großbritannien, S. 69.

<sup>53</sup> Stenographische Berichte, Band 361, S. 12183, vgl. auch S. 12180.

<sup>54</sup> Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, S. 230f.

<sup>55</sup> Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, bearb. von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert, Mainz 1981, S. 506f.

sprach Ende Dezember von der „erstaunliche[n] Ruhe und Besserung, die unter der Berührung des Zauberstabes der Währungsstabilität eingetreten ist“<sup>56</sup>. Binnen weniger Wochen entspannte sich nun die über Monate hinweg angewachsene Krise. Sie hatte der Regierung Stresemann den Takt diktiert. Immer noch waren dem Kabinett aber auch politische Spielräume geblieben. Und indem er Entgegenkommen sowohl Frankreich als auch England und den USA gegenüber signalisierte, indem er die diplomatischen Kontakte in der Hoffnung auf die für Deutschland günstige Wendung intensivierte, sich bemühte, bis zum Eintritt dieser Wende ohne Verluste der Reichssouveränität im Innern durchzuhalten, und die Währungsreform forcierte, hatte Stresemann seine Spielräume genutzt. Sein Ziel der Bewahrung der Reichseinheit entsprang dabei vielleicht auch einer Rückschau auf das Kaiserreich, viel mehr aber wohl reichspolitischer und administrativer Notwendigkeit. Daß die Krise schließlich so rasch überwunden wurde, war zu einem guten Teil Stresemanns Verdienst.

Nach Stresemanns Rücktritt gelang es innerhalb einer Woche, ein neues Kabinett zu bilden. Es blieb auf den wichtigsten Posten unverändert, die Regierung stützte sich wie ihre Vorgängerin nach dem Bruch der Koalition mit der SPD auf DVP, Zentrum und DDP, dazu auf die BVP, und wurde von der SPD toleriert. Zum neuen Reichskanzler wurde am 30. November Wilhelm Marx ernannt, der bisherige Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag. Marx, selbst ein Rheinländer, war an den Entscheidungsprozessen der vergangenen Wochen nicht unmittelbar beteiligt gewesen, hatte jedoch jede Preisgabe des Rheinlandes durch das Reich strikt abgelehnt. Marx verband ein gutes Verhältnis mit Stresemann, und er bat ihn, weiterhin Außenminister zu bleiben<sup>57</sup>.

Auch auf internationaler Ebene setzte sich die Entspannung fort. Die konservative Regierung in England verlor die Unterhauswahl vom 6. Dezember und wurde von einem Labour-Kabinett unter Ramsay MacDonald abgelöst. Stresemann versprach sich von einer Regierung aus Labour und Liberalen eine noch deutlichere britische Haltung gegenüber Frankreich zu Deutschlands Gunsten<sup>58</sup>. Am 8. Dezember schlossen Deutschland und die USA einen Handelsvertrag mit „Modellcharakter“<sup>59</sup>. Die Reichsregierung gewann ihre Handlungs- und Verhandlungsfreiheit zurück, und Stresemann war zu keiner Einschränkung bereit.

<sup>56</sup> Zitiert nach Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982, S. 271.

<sup>57</sup> Vgl. den Brief Marx' an Stresemann vom 24. 11., in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 247 und den Brief Stresemanns an Marx vom 28. 11. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 247 f. und PA/AA, NL Stresemann 5, H 154824 f.

<sup>58</sup> Vgl. Stresemanns Aufsatz vom 9. 12. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 259 und PA/AA, NL Stresemann 5, H 154900: „Ohne in leichtfertigen Optimismus zu verfallen, wird man deshalb doch dieses Ergebnis der englischen Wahlen als eine gewisse Entspannung auch in der internationalen Lage Deutschlands bezeichnen können. Wer daran zweifelt, dem geben die Kommentare der französischen Presse genügenden Aufschluß darüber, wie dieses Ergebnis gewirkt hat.“

<sup>59</sup> Niedhart, Internationale Beziehungen, S. 58; vgl. den Aufsatz Stresemanns zum Handelsvertrag vom 8. 12. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 5, H 154907.

Trotz der Anzeichen einer Besserung der Lage blieb aber über die retrospektiv so deutlich erkennbare Peripetie in der ersten Novemberhälfte hinaus vor allem in den betroffenen Gebieten die Wahrnehmung der Krise unter dem Trauma der Hyperinflation und der existenziellen Not vorherrschend. Die augenscheinlich geradlinig auf das Chaos zusteuernde Krise des Rheinlandes, nicht die Chancen einer außenpolitischen Wende bildeten Adenauers Erfahrungshintergrund<sup>60</sup>. Die außenpolitischen Anstrengungen, über die Stresemann die Krise vorrangig zu lösen versuchte, mußten aus Kölner Perspektive völlig inadäquat erscheinen. Viel energischer und konkreter mußte am sozialen Problem gehandelt werden. Und ebenfalls aus dieser Perspektive mußte Adenauers Vertrauen in Stresemanns Möglichkeiten und Chancen der Krisenbewältigung nicht zuletzt schmälern, daß Stresemann genau auf die Methoden setzte, mit denen Adenauer im September gescheitert war.

### III. Adenauer: Krisenmanagement im Rheinland

Als der Strudel der Krise im Spätsommer selbst die sogenannte „Kölner Insel“ erfaßte, war auch sie keine „Insel der Seligen“ mehr, obwohl es den Kölnern noch immer verhältnismäßig gut ging. Adenauer hatte zunächst keine genauen Vorstellungen, wie die Krise zu lösen sei. Auch bestand bis Anfang September keine Koordination zwischen Reichsregierung und Vertretern des Rheinlandes. Diese waren daher „maßlos überrascht“, als Stresemann ihnen am 6. September die Finanzlage des Reiches und die Notwendigkeit der Einstellung des passiven Widerstandes darlegte<sup>61</sup>. Nachdem Adenauer zunächst Kontakt mit Vertretern Englands aufgenommen hatte, von dieser Seite aber keine konkrete Hilfe mehr erwartete<sup>62</sup>, konzentrierte er sich auf Verhandlungen mit Frankreich und ging somit den umgekehrten Weg als Stresemann. Am 14. September suchte Adenauer zum ersten Mal Paul Tirard auf, den Präsidenten der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission (HIK) in Koblenz, um mit ihm über ein einheitliches Notgeld<sup>63</sup> im Rheinland zu sprechen. Dort erfuhr er, daß er in Frankreich als „Frankophobe“ gelte. „Frankreich wolle nicht eine Änderung der bestehenden Verhältnisse herbeiführen [...]. Aber wenn die rheinische Bevölkerung aus sich heraus hier eine andere staatsrechtliche Regelung treffe, dann würde man das in Frankreich als eine Bürgschaft für den Frieden begrüßen.“<sup>64</sup> Nachdem dieses Gespräch keine konkreten Ergebnisse erbrachte, kam Adenauer Ende September auf die Idee, als Vertreter der Reichsregierung mit der HIK über die Wiedereingangsset-

<sup>60</sup> Vgl. Recker, *Besatzungsmacht*, S. 120 und 682 Anm. 127–131.

<sup>61</sup> Vgl. die Lebenserinnerungen des Kölner Justizrates Bernhard Falk, in: AdR Stresemann, S. 197 Anm. 2.

<sup>62</sup> Vgl. Recker, *Besatzungsmacht*, S. 119.

<sup>63</sup> Vgl. dazu AdR Stresemann, S. 189 Anm. 27.

<sup>64</sup> Gesprächsprotokoll Adenauers vom 17.9. 1923, in: HASiK, 902/253/7, 5f. und AdR Stresemann, S. 271f.

zung der Wirtschaft in Rheinland und Ruhrgebiet zu verhandeln. Die Franzosen blieben jedoch bei ihrer Ablehnung Adenauers<sup>65</sup>, und damit war die Initiative gescheitert.

Angesichts der zugespitzten Krise baten führende Vertreter aus Rheinland und Ruhrgebiet dringend um eine Unterredung mit Stresemann, dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und Johannes Fuchs (dem Minister für die besetzten Gebiete) am 25. Oktober in Hagen<sup>66</sup>. Ministerialdirektor Franz Bracht gab eine Direktive für die Hagener Besprechung aus: „Das Reich ist entschlossen[,] dem Rheinland Treue bis zum letzten zu halten. Es wird ihm helfen, solange seine Kraft irgend reicht, diese Kraft geht jedoch zu Ende. Wenn das Rheinland glaubt, daß die schwere Hand des Feindes leichter auf ihm lasten werde, wenn es sich vom Reich trennt, so ist das Reich bereit, ihm auch hierfür nach seinen Kräften behilflich zu sein.“<sup>67</sup>

Im Rheinland fürchtete man derweil mögliche französische Vorhaben und die Proklamation einer autonomen Rheinischen Republik<sup>68</sup>; daß die Separatisten keinen Rückhalt in der Bevölkerung finden und bald wieder von der Krisenbühne abtreten würden, konnte man in diesem Augenblick nicht wissen. Dazu kam die Angst, vom Reich im Stich gelassen zu werden, und angesichts der zweideutigen Haltung der Reichsregierung war dieser Verdacht auch nicht unbegründet. Die Kommunen mußten befürchten, für den Ausfall des Reiches geradestehen zu müssen. Angesichts „des lähmenden Gefühles der Ungewißheit“ – so der Duisburger Oberbürgermeister und Vorsitzende des rheinischen Provinziallandtages Karl Jarres, ein Parteifreund Stresemanns – griff zunehmend, „auch in rechtsstehenden Kreisen und auch in der Sozialdemokratie die Überzeugung Raum, daß ‘etwas geschehen müsse’, daß man das Geschick ‘in die eigene Hand nehmen müsse’. Das heißt in Deutsch: man glaubt auf dem Wege rheinischer Initiative die unvermeidliche Loslösung von Preußen oder gar dem Reiche durch Verhandlungen mit dem Feinde in erträgliche Bahnen leiten zu müssen.“<sup>69</sup>

Vor diesem Hintergrund kamen die Vertreter von Rhein und Ruhr am Vortag der Hagener Konferenz zur Vorbereitung in Elberfeld-Barmen zusammen; auch Adenauer

<sup>65</sup> Vgl. den Erinnerungsbericht Fritz Wittes über seine Unterredung mit Vertretern der Rheinlandkommission in Koblenz am 5. und 9. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 518 f. und HASTK, 902/253/7, 7 ff.; auf französischer Seite mußte sich der Eindruck der angeblich frankophoben Haltung Adenauers festgesetzt haben.

<sup>66</sup> Vgl. den Bericht Stresemanns vor dem Reichskabinetts am 23. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 698.

<sup>67</sup> Vermerk über eine telefonische Mitteilung des Ministerialdirektors im Preußischen Volkswohlfahrtministerium, Bracht, an Ministerialrat Weigert (Reichsarbeitsministerium) vom 22. 10. 1923, in: Ebenda, S. 694.

<sup>68</sup> Vgl. ebenda, S. 694 f. Anm. 7–10, die Ausführungen des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres auf der Hagener Konferenz am 25. 10. 1923, in: Ebenda, S. 762 ff. (vgl. auch Anm. 5 f.) und den Brief Jarres' an Stresemann vom 31. 10. 1923, in: Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Karl Jarres (NL 99) 48, fol. 030 und AdR Stresemann, S. 921.

<sup>69</sup> Brief an Stresemann vom 31. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 921 und 924; vgl. auch das Protokoll der Hagener Konferenz vom 25. 10. 1923, in: Ebenda, S. 817 f.; zu Jarres vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 89–92.

nahm teil<sup>70</sup>. Dort wurden im wesentlichen zwei Standpunkte vorgetragen<sup>71</sup>. Jarres betonte aber, es handele sich nicht um ausgereifte Konzepte, sondern um Vorschläge „tastender Natur“ im Sinne einer „Fühlungnahme untereinander, welcher Weg zu wählen sei“. Der DVP-Reichstagsabgeordnete Paul Moldenhauer lehnte eine Loslösung des besetzten Gebietes von Preußen oder dem Reich de jure strikt ab, plädierte aber für die Erteilung von Vollmachten an das besetzte Gebiet, konkret eigenes Budget und Steuerrecht. Jarres ergänzte den Vorschlag, dieser unvermeidbaren faktischen Loslösung vom Reich eine „große außenpolitische Handlung“ beizugeben, die in der Suspendierung des Versailler Vertrages bestehen solle. Adenauer vertrat eine etwas andere Position. Im Gegensatz zu den faktischen Regelungen Moldenhauers und Jarres' schlug er juristische vor: ein wie auch immer geartetes Rechtsgebilde müsse in „Verhandlungen mit dem Feinde“ geschaffen werden. Dazu komme eine Abtrennung von Preußen, wahrscheinlicher aber als äußerster Fall „eine Loslösung vom Reiche im Wege der Verständigung“. So könne das Reich vom Versailler Vertrag entlastet und das besetzte Gebiet von der Besatzung und dem Druck der HIK befreit werden. Ferner seien dem besetzten Gebiet Vollmachten zu erteilen, um mit Frankreich zu verhandeln, dazu müsse im besetzten Gebiet aber auch alles „zusammenhalten“. Eine solche Lösung habe auch das Reichsinteresse an einer Befreiung von den Reparationslasten im Visier. Solche Verhandlungen seien nur mit Billigung von Reichs- und preußischer Staatsregierung führbar. Desweiteren hob er hervor, daß er keineswegs die Abtrennung des besetzten Gebietes vom Reich anstrebe (vielmehr eine Lösung, die die Wiedervereinigung möglichst erleichtere), sondern nur „Linien“ abgesteckt habe, „zwischen denen auch alle möglichen Zwischenlösungen möglich“ seien. Man müsse sich aber, wenn man solche Verhandlungen beginne, „darüber klar sein, was dabei herauskommen kann“. Der Kölner Justizrat Bernhard Falk (DDP), der Adenauers Standpunkt teilte, wies darauf hin, daß diese Lösung „die Bildung eines neuen Staates“ bedeute.

Wie sind alle diese Äußerungen zu werten? Läßt sich aus ihnen eine separatistische Haltung Adenauers folgern, wie es immer wieder geschieht<sup>72</sup>? Wichtiger als die Bereitschaft Adenauers, das Rheinland im äußersten Falle vom Reich zu lösen, sind drei Tatbestände: erstens hat sich Adenauer stets deutlich gegen die Separatisten ausgesprochen; die These der Sympathie Adenauers für den Separatismus würde voraussetzen,

<sup>70</sup> Von dieser Besprechung existiert kein Protokoll, der Hergang ist nur aus vereinzelten Äußerungen rekonstruierbar. Wir kennen eine stichwortartige Niederschrift von Jarres, in: BA, NL Jarres 48, fol. 013 und 49, fol. 178–181. In den Oberbürgermeisterakten Adenauers findet sich nur eine kurze Notiz, in: HASiK, 902/253/4, 3f. Eine richtigstellende Ausführung Adenauers zu Jarres' Referat über die Barmener Konferenz am darauffolgenden Tag in Hagen enthalten die Akten der Reichskanzlei und (auszugsweise) der Nachlaß Jarres', in: AdR Stresemann, S. 785 f. und 788; BA, NL Jarres 48, fol. 100f. Vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 89 und 92 ff.; Jones, Stresemann, S. 321 f.; Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 533f. sowie Schwarz, Aufstieg, S. 268.

<sup>71</sup> Vgl. das Protokoll der Hagener Konferenz, in: AdR Stresemann, S. 765–769 (Zitate: S. 765, 768 und 767 f.).

<sup>72</sup> Vgl. Köhler, Republik, S. 261 und 277.

daß die Archive sämtliche Äußerungen dieser Art hätten verschwinden lassen oder bewußt zurückhielten. Zweitens bildet den Hintergrund der Haltung Adenauers die schier übermächtige und allumfassende Krise des Oktober, die jede Hoffnung auf baldige Besserung schwinden ließ. In weiten Kreisen der Bevölkerung machte sich zunehmend der Gedanke breit, selbst initiativ werden zu müssen, um einen endgültigen Zusammenbruch und das drohende Chaos zu verhindern. Das unmittelbare Krisenmanagement der Verantwortungsträger mündete leicht in einen geradezu verzweifelt anmutenden Aktionismus, der nach jedem Strohalm griff. Und von den Franzosen war ja ein wenn auch vages Verständigungssignal für den Fall einer staatsrechtlichen Regelung durch die rheinische Bevölkerung ausgegangen, wie Adenauer bei Tirard erfahren hatte. An diesen Gesprächsfaden knüpfte Adenauer an. Ein Drittes kommt hinzu: die auf der Barmener Konferenz vorgetragene Standpunkte sind sämtlich in sich nicht schlüssig. Sie sind keine Konzepte, aber verständlich, wenn man sie als eine Art Brainstorming auf dem „Tiefpunkt der damaligen verzweifelt Stimmung und Depression“<sup>73</sup> auffaßt.

Auf der Barmener Konferenz wurden Voraussetzungen und Kontext von Adenauers Position anschaulich greifbar, während man in Hagen „geflissentlich aneinander vorbeiredete und die Kernfrage wie die Katze den heißen Brei vermied“<sup>74</sup>. Die Inhalte der Barmener Besprechung wurden am darauffolgenden Tag in Hagen lange referiert. In dieser vertraulichen Besprechung<sup>75</sup> von 52 Teilnehmern trug dann Stresemann seine Position vor: Er lehnte jede staatsrechtliche Veränderung im besetzten Gebiet strikt ab<sup>76</sup>, stellte den Rheinlandvertretern aber „angesichts der Unfähigkeit [...], in die die Regierung durch das Verhalten Frankreichs hineingesetzt ist“, die Bildung eigener Gremien zu Verhandlungen mit Belgien und Frankreich frei<sup>77</sup>. Stresemann sagte dem besetzten Gebiet die Reichsleistungen zu, solange die Mittel reichten, zeichnete aber ein düsteres Bild der Finanzlage des Reiches. Dann kam er auf die außenpolitische Situation zu sprechen: er halte den „Bruch mit Frankreich [für] unabweislich“, dieser dürfe jedoch nicht überstürzt und auch der Versailler Vertrag nicht voreilig suspendiert werden. Vielmehr müßten „alle offiziellen Formen erfüllt werden, ehe dieser Bruch nach außen von uns verkündet wird“, wobei Stresemann die Bedeutung dieser dehnbaren Formel im Nebel ließ. Er verwies auf den deutschen Antrag auf Überprüfung der Zahlungsfähigkeit bei der Reparationskommission vom Vortag und eröffnete die Ziel-

<sup>73</sup> Undatierte Aufzeichnung Jarres', in: AdR Stresemann, S. 762 Anm. 4.

<sup>74</sup> Brief Jarres' an Stresemann vom 31. 10. 1923, in: Ebenda, S. 920.

<sup>75</sup> Die Akten der Reichskanzlei (Ebenda, S. 761–836) enthalten ein umfangreiches Besprechungsprotokoll. In Stresemanns Nachlaß (PA/AA, NL Stresemann 3, H 154478) und im Vermächtnis (Stresemann, Vermächtnis I, S. 181 ff.) befinden sich nur kurze Notizen. Adenauers stichwortartige Mitschrift der Konferenz (HASTK, 902/253/4, 9–11 und 15) stimmt mit den AdR überein. Handschriftliche Notizen enthält auch der Nachlaß von Jarres, in: BA, NL Jarres 48, fol. 010. Vgl. auch die Darstellungen bei Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 94–103 (trotz genauer Dokumentation sind die Redebeiträge dort jedoch geglättet) und bei Jones, Stresemann, S. 323.

<sup>76</sup> Vgl. das Protokoll der Hagener Konferenz, in: AdR Stresemann, S. 769f. und Anm. 17.

<sup>77</sup> Vgl. ebenda, S. 782.

richtung dieses diplomatischen Vorgehens: England. Ein markiges deutsches Auftreten hätte sich zwar im Innern großer Popularität erfreuen können. Stresemann befürchtete aber, die öffentliche und die offizielle britische Meinung zu verprellen und damit die Chancen eines britischen Eingreifens zu verspielen<sup>78</sup>.

Stresemann bestand seit dem 25. Oktober im großen und ganzen wieder deutlicher als am Vortag im Kabinett auf der Erhaltung der Reichseinheit. Die Vorstellung eines Rheinstaates oder Rheinbundesstaates nannte er „seltsamlich und utopisch“<sup>79</sup>. Er gab zwar eine seiner beiden Methoden auf, die Signalisierung von Gesprächsbereitschaft gegenüber Frankreich<sup>80</sup>, zugleich aber sprach er wieder deutlicher von der anderen, auf das britische Eingreifen zu warten. Und in der Tat waren ja in der Zwischenzeit die ermutigenden außenpolitischen Signale eingegangen. Wie bewußt sich Stresemann dieser außenpolitischen Wende zu Deutschlands Gunsten auch immer gewesen sein mag, er segelte von nun an hart am Wind. Und von daher sollte er auch in den nächsten Tagen seine alte Taktik vom September wieder anwenden: in der Hoffnung auf England die endgültigen Entscheidungen um ein paar Tage hinauszuschieben, „zu finassieren und den großen Entscheidungen auszuweichen“<sup>81</sup>. Adenauer sprach gleich nach Stresemann und betonte, daß angesichts der übermächtigen Krise Verhandlungen ermächtigter Gremien mit Frankreich eine Dynamik entfalten würden, die auf eine Trennung des besetzten Gebietes von Preußen oder dem Reich hinausliefe. Dieser Gefahr müsse man sich bewußt sein, wenn man solche Verhandlungen beginne. Zur Frage von Reichseinheit oder Trennung vom Reich blieben seine Ausführungen jedoch gewunden, wenig greifbar und nebulös.

Als Adenauer Stresemann nach seiner Einschätzung der weiteren Entwicklung an Rhein und Ruhr wie des Ernährungs- und Währungsproblems fragte, antwortete dieser gereizt, das wertbeständige Notgeld könne solange nicht in das besetzte Gebiet geschickt werden, als die Gefahr bestehe, daß es von den Besatzungsmächten beschlagnahmt werde. Denn dann sei auch die neue Währung von vornherein gefährdet. Daraufhin erläuterte der Kölner Bankier Louis Hagen, das besetzte Gebiet sei dann gezwungen, eine eigene Währung zu schaffen. Adenauer schlug daraufhin die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes durch die Städte vor, denn „wenn keine Zahlungsmittel mehr da sind [...], dann schlagen sich die Leute gegenseitig tot [...] die Sache ist so, daß sie jede Stunde explodieren kann“. Stresemann gab sein Placet<sup>82</sup>.

Nach quälend langer Debatte wurde ein fünfzehnköpfiger Ausschuß zu Verhandlungen mit Frankreich und zur Koordination mit der Reichsregierung konstituiert, in den SPD, DDP, Zentrum, DVP und DNVP je drei Vertreter entsandten. Adenauer gehörte

<sup>78</sup> Vgl. ebenda, S. 774–778; das Zitat S. 776.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 781.

<sup>80</sup> Vgl. ebenda, S. 779. Der französischen Regierung gegenüber wandte die deutsche Regierung eine neue Taktik an: jene sollte sich durch immer neue Forderungen selbst und mit deutscher Nachhilfe vor der Weltöffentlichkeit – nicht zuletzt England – bloßstellen; vgl. ebenda, S. 780.

<sup>81</sup> So drückte Stresemann es zwei Jahre später in seinem bekannt gewordenen Brief an den ehemaligen Kronprinzen aus; in: Stresemann, Vermächtnis II, S. 555.

<sup>82</sup> Vgl. das Protokoll der Hagener Konferenz, in: AdR Stresemann, S. 789ff., 794 f. (Zitat) und 812.

dem Ausschuß nicht an, leitete aber den am 22. Oktober gegründeten dreißigköpfigen Verhandlungsausschuß des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete<sup>83</sup>.

Auch wenn man sich vor Augen hält, daß in Hagen Krisenmanagement und keine politischen Grundsatzdebatten auf der Tagesordnung standen, so ergibt sich doch ein merkwürdiges Verhältnis der Positionen Adenauers und Stresemanns zueinander, das man überspitzt einen „argumentativen Chiasmus“ nennen könnte. Adenauer wehrte sich strikt gegen die Einstellung der Reichszahlungen an das besetzte Gebiet, also gegen die finanzielle Abtrennung des Rheinlandes; die staatsrechtliche hingegen war er in Kauf zu nehmen bereit. Andersherum Stresemann: er lehnte jede staatsrechtliche Separation strikt ab, kalkulierte jedoch die finanzielle ein. Aus Stresemanns Sicht mußte Adenauer zwar Reichsgelder kassieren wollen, die Reichseinheit – Stresemanns zweites politisches Hauptziel – jedoch vernachlässigen. Aus Adenauers Sicht mußte Stresemann schöne und aus Berlin leicht gesagte Worte um die Reichseinheit machen, sich jedoch finanziell und konkret aus der Verantwortung für das Rheinland stellen. Glaubwürdig konnten beide Herren aufeinander nicht wirken, eher schon suspekt und „doppelzüngig“<sup>84</sup>. Und es spricht manches dafür, daß sie sich von nun an skeptischer begegneten und somit die institutionell motivierte Spannung<sup>85</sup> um eine persönliche anreicherten.

Führende Rheinlandvertreter suchten in den folgenden Tagen und Wochen immer wieder das Gespräch mit der HIK und Tirard<sup>86</sup>, um die Absichten der französischen Regierung im einzelnen zu erkunden, um Überzeugungsarbeit gegen eine staatsrechtliche Umgestaltung im besetzten Gebiet zu leisten<sup>87</sup> und um mit der Besatzungsmacht über eine Wiedereingangssetzung der Wirtschaft an Rhein und Ruhr zu verhandeln. Tirard, und das heißt die französische Regierung, hielt unterdessen an den bekannten Rheinstaatsplänen unter der Prämisse von Sicherheit und Reparationen fest. Ein Staat könne „gebildet werden, ähnlich wie Irland oder wie in der Schweiz“, dessen Verhältnis zum Reich durchaus „wie das einer Dominion zum englischen Mutterlande“ gestaltet werden könne. Dafür wurde der baldige Abzug etlicher Besatzungstruppen in Aussicht gestellt<sup>88</sup>. Alle rheinischen Vertreter lehnten diese Vorschläge ab, deuteten aber ihrerseits die Möglichkeit der Bildung eines Staates innerhalb des deutschen Reiches oder eines faktisch selbständigen Gebietes mit eigener Währung, eigenem Budget und Steuerrecht an. Sie stellten aber auch klar, daß die Mehrheit der Bevölkerung ein

<sup>83</sup> Vgl. zum gesamten Abschnitt ebenda, S. 800, 811, 813 f., 816 und 829.

<sup>84</sup> Schwarz, Aufstieg, S. 272; vgl. auch Michael-Olaf Maxelon, Stresemann und Frankreich 1924–1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972, S. 146.

<sup>85</sup> Vgl. Schwarz, Aufstieg, S. 273: „der Rollenkonflikt zwischen einem Kanzler [...] und einem rheinischen Repräsentanten“.

<sup>86</sup> Vgl. die Aufzeichnung über Unterredungen mit Tirard am 29. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 889–893 und die Aufzeichnung Hagens über eine Unterredung mit Tirard am 3. 11. 1923, in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 305–308.

<sup>87</sup> Vgl. dazu den Bericht Falks, in: AdR Stresemann, S. 836 Anm. 82.

<sup>88</sup> Vgl. den Bericht zweier Bonner Beigeordneter über ihre Verhandlungen mit der HIK am 27. 10., in: HAsTK, 902/253/4, 23 f. und die Aufzeichnung über Unterredungen mit Tirard am 29. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 891.

Verbleiben bei Preußen bevorzuge. Diese Vorschläge waren mehr oder weniger verzweifelte Versuche, Gespräche in Gang zu bringen<sup>89</sup>, und dementsprechend waren sie heterogen und auch inkonsistent.

Als die Reichsregierung Anfang November die Währungsreform für den 15. November in Angriff nahm, war die Wahrscheinlichkeit gering, daß die französische Besatzung die Belastung des Grundbesitzes im besetzten Gebiet gestatten würde, und somit wäre die Einführung der neuen Währung im besetzten Gebiet nicht möglich gewesen. Daher trieben die Rheinländer – und man kann Adenauer nur im Zusammenhang und als Mitglied der halboffiziellen, halb informellen Gruppe führender Rheinlandvertreter verstehen<sup>90</sup> – die Planung einer rheinischen Goldnotenbank vorwärts<sup>91</sup>. Dort sollte eine Goldanleihe hinterlegt werden, denn nur mit einer solchen Deckung, so stellte Luther klar, könne und dürfe wertbeständiges Notgeld ausgegeben werden, das die Reichsbank akzeptieren würde<sup>92</sup>. Trotz der Versuche der Reichsregierung, die geplante reformierte Währung auch auf das Rheinland auszuweiten, wurde auf dem vom 6.–8. November in Barmen tagenden Provinziallandtag (dem auch Adenauer angehörte) wohl die Einrichtung einer rheinischen Goldnotenbank beschlossen, die zwecks Devisenbeschaffung mit 45 %iger ausländischer und davon wiederum 30 %iger französischer Beteiligung ausgestattet werden sollte<sup>93</sup>. Alle Beteiligten waren sich der politischen Gefahren einer solchen Währungsseparation bewußt, und auch Stresemann warnte<sup>94</sup>, „Verhandlungen über staatsrechtliche Verhältnisse können nur unter Beachtung verfassungsmäßiger Grundlagen geführt werden“. Dabei erstaunt, daß er überhaupt von „Verhandlungen über staatsrechtliche Verhältnisse“ sprach. Allerdings existieren einige Äußerungen Stresemanns, die seiner augenscheinlich so festen Haltung, jegliche territoriale Änderung auch innerhalb des Deutschen Reiches strikt abzulehnen, zu widersprechen scheinen<sup>95</sup>. Es ist wohl nicht festzustellen, ob es sich hierbei um Fehlüberlieferungen handelt. Vielleicht

<sup>89</sup> Vgl. AdR Stresemann, S. 891 ff. und den Bericht über die Sitzung des Fünfzehnerausschusses in Köln am 9. 11. 1923, in: Ebenda, S. 1007–1011.

<sup>90</sup> Vgl. auch Schwarz, Aufstieg, S. 287: „Bei den Gesprächen ist Adenauer für den deutschen Westen eine Schlüsselfigur, doch nicht die einzige. [...] Er dreht zwar kräftig an den Rädchen, doch ist er nicht der Chefmaschinist und jeweils nur unter dem Druck der Not tätig geworden.“

<sup>91</sup> Zur Geschichte der Goldnotenbank vgl. Köhler, Republik, S. 236–256.

<sup>92</sup> Luther in der Kabinettsitzung vom 26. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 845 f.

<sup>93</sup> Vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 120, allerdings ohne Beleg; in Adenauers Oberbürgermeisterakten fehlt der Provinziallandtag bis auf eine kurze handschriftliche Gesprächsnotiz (HASTK, 902/253/4, 139) fast völlig; vgl. die Provinziallandtagsakten in HASTK, 902/67/2.

<sup>94</sup> Vgl. eine von Stresemann gezeichnete Mitteilung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Kempkes, vom 3. 11. 1923 an Hagen, Jarres, Adenauer, Moldenhauer und Bankdirektor von Waldhausen, in: AdR Stresemann, S. 960 ff., auch Anm. 5 (das folgende Zitat: S. 962).

<sup>95</sup> Vgl. u. a. ein Gespräch Stresemanns mit de Margerie vom 9. 11. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 4, H 154569 (nicht in ADAP, A VIII, S. 617 ff.). Vgl. auch das Protokoll eines Gesprächs Stresemanns mit dem französischen Industriellen und Finanzmann Ernest Weyl am 10. 1. 1924, in dem Stresemann geäußert haben soll, „über die Frage eines Rheinstaates werde eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich schon möglich sein“, in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 358 f.

zeugen diese Aussagen aber schlicht davon, daß auch Stresemanns Haltung in seiner beschränkten politischen Handlungsfähigkeit nicht so konsistent war, wie er die meiste Zeit hindurch vorgab.

Der Barmener Provinziallandtag beschloß auch die Bildung eines eigenen 21er-Ausschusses, der lediglich Berichte über Verhandlungen von Parteien und Wirtschaft entgegennehmen, nicht aber selbst verhandeln sollte<sup>96</sup>. Diese Maßnahme, die das organisatorische Durcheinander von Gremien ohne klar abgegrenzte Kompetenzen weiter vergrößerte, wirft wie die Gremienbildung im Umfeld der Hagener Konferenz ein bezeichnendes Licht auf den Aktionismus und die Orientierungslosigkeit im besetzten Gebiet und bei dessen Vertretern.

Verhängnisvoller noch als die Frage der Währungseinheit war die simple wirtschaftliche Feststellung, daß die nach wie vor unabsehbar hohen Summen, die das Reich in das besetzte Gebiet steckte, nur bei laufender Druckerpresse aufzubringen waren. Damit wäre aber die mit Mühe und Not gedeckte reformierte Währung nicht zu halten gewesen. Am 9. November faßte das Kabinett drastische Beschlüsse: einer rheinischen Goldnotenbank sollten unter bestimmten Voraussetzungen eine Konzession bis zum 15. April 1924 erteilt und mit der Einführung der Rentenmark die Erwerbslosenunterstützungen für das besetzte Gebiet gestoppt werden<sup>97</sup>. Für die Rheinländer konnte dies aus Überlebensgründen nicht akzeptabel sein: für sie würde der Stichtag der Währungsreform zum Ater dies.

Am 10. November wurde Karl Jarres als Nachfolger von Wilhelm Sollmann zum Reichsinnenminister ernannt. Er wehrte sich sogleich gegen den Kabinettsbeschuß vom Vortag, und Stresemann beschloß, die Entscheidung über die Einstellung der Reichszahlungen am nächsten Tag im Kabinett erneut zur Disposition zu stellen<sup>98</sup>. Das geschah dann auch, und statt des Schnittes am 15. November sollten „nur noch für eine ganz kurze Übergangszeit“ Zahlungen in das besetzte Gebiet ergehen. Luther nannte den 25. November als *terminus ad quem*<sup>99</sup>. Erneut schälte sich Stresemanns Taktik heraus: in der Hoffnung auf eine Besserung der Lage endgültige Entscheidungen um ein paar Tage hinauszuschieben. Und für das Rheinland waren zunächst einmal zehn wichtige Tage gewonnen. Doch die Einstellung der Reichszahlungen, man nannte das gerne die „Versackung“, schwebte als Damoklesschwert über dem besetzten Gebiet.

Am Sitzungsmarathon in der Reichskanzlei am 13. November nahm auch Adenauer teil<sup>100</sup>. Stresemann versprach, die Reichsleistungen bis zum 25. November fortzusetzen, „dann aber müssen die Erwerbslosenzahlungen für das besetzte Gebiet sei-

<sup>96</sup> Vgl. den Bericht über die Sitzung des Fünfzehnerausschusses am 9. 11. 1923 in Köln, in: AdR Stresemann, S. 1008.

<sup>97</sup> Vgl. das Protokoll der Kabinettsitzung vom 9. 11. 1923, in: Ebenda, S. 1005.

<sup>98</sup> Vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 128.

<sup>99</sup> Vgl. das Protokoll der Kabinettsitzung vom 12. 11. 1923, in: AdR Stresemann, S. 1033 (Zitat) und 1037.

<sup>100</sup> Vgl. die Besprechungsprotokolle in: Ebenda, S. 1042–1055 und 1057–1060.

tens des Reiches aufhören“<sup>101</sup>. Zugleich äußerte er aber die Hoffnung – die Wirtschaftsverhandlungen der Ruhrindustriellen mit der MICUM steuerten auf ihren Abschluß zu –, ein großer Teil der Schwierigkeiten könne behoben werden, wenn für die Bevölkerung des besetzten Gebietes wieder Arbeit geschaffen sei. Stresemanns Auftreten legt den Schluß nahe, daß er mittlerweile Vertrauen in die sich abzeichnende Entspannung gefaßt hatte. Denn auch in Bayern war mit dem Zusammenbruch des Hitler-Ludendorff-Putsches der gesamte Separatismus diskreditiert und zum Erliegen gekommen.

Doch unter den Sitzungsteilnehmern herrschte trotz der zaghaften Frühlingsboten weiterhin alarmierte Krisenstimmung. Eine radikale Haltung nahm Otto Braun ein, als preußischer Ministerpräsident immerhin auch für das Rheinland zuständig. Er hielt jede Hilfe für das Rheinland für aussichtslos, lehnte Verhandlungsermächtigungen ab und verfocht „Versackungspolitik in ihrer reinsten Form“<sup>102</sup>.

Dann kam es zum Krach. Adenauer, der sich überhaupt gegen die Einstellung der Reichszahlungen wehrte, eröffnete „eine ziemlich scharfe Auseinandersetzung“ mit Luther: „Der Reichsminister der Finanzen behauptet, immer, [sic] daß das Reich gewisse Zahlungen an das besetzte Gebiet nicht mehr leisten könne. Ich bestreite, daß das Reich in einer so schwierigen finanziellen Lage ist. Mag selbst die Rentenmark dadurch ebenso wie die Papiermark in einen Abgrund getrieben werden, daß das Reich umfangreiche Zahlungen an das besetzte Gebiet leistet, *das Rheinland muß mehr wert sein als ein [sic] oder zwei oder selbst drei neue Währungen*. Ohne Lösung des Reparationsproblems wird es überhaupt nicht möglich sein, eine wertbeständige Währung zu schaffen. Wenn der Reichsminister der Finanzen aber die neue Währung retten will, dann hat er dabei den Hintergedanken, das Rheinland preiszugeben, um dadurch von Reparationen freizukommen.“<sup>103</sup>

Für das Überleben der Reichseinheit und die Aufrechterhaltung der Stabilität im Innern – elementare Aufgaben einer Reichsregierung – war eine geglückte Währungsreform dringend notwendig. Was aber für das Reich eine *conditio sine qua non* bedeutete, barg für das Rheinland die Gefahr eines *rien ne va plus* in sich: auf sich allein gestellt zu kollabieren. Deshalb mußten die Vertreter des besetzten Gebietes der Unterstützung durch das Reich unbedingten Vorrang vor einer sauberen Währungsreform einräumen. Im Dilemma befanden sich beide Positionen. Die Rhein-Ruhr-Krise mit ihrem unabsehbaren Ausgang blieb Nummer eins auf Adenauers Tagesordnung. Schwierig ist abzuschätzen, inwieweit Adenauer in der zugespitzten Situation die An-

<sup>101</sup> Protokoll der Sitzung von Reichskabinett, beteiligten Ländern und Fünfzehnerausschuß am 13. 11. 1923 um 11 Uhr, in: Ebenda, S. 1044, vgl. auch S. 1044 f. und 1048 sowie das Protokoll der Ministerbesprechung vom 15. 11. 1923, in: Ebenda, S. 1088 f.

<sup>102</sup> Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1977, S. 442; vgl. auch Brauns Ausführungen in der Sitzung von Reichskabinett und beteiligten Ländern am 13. 11. um 15 Uhr, in: AdR Stresemann, S. 1052.

<sup>103</sup> Protokoll der Sitzung von Reichskabinett, beteiligten Ländern und Fünfzehnerausschuß am 13. 11. 1923 um 20.30 Uhr, in: AdR Stresemann, S. 1059 [Kursiva vom Verf.]; vgl. auch S. 1058 Anm. 2 und zum folgenden S. 1059 Anm. 8.

zeichen dafür wahrnahm, daß die Krise dabei war, ihren Höhepunkt zu überschreiten, und inwiefern er die seit Mitte November auch im Innern erkennbaren Anzeichen der Besserung realisierte. Soviel aber wird man sagen können, daß er die sich anbahnende Lösung der Krise über die außenpolitische Konstellationswende und den interalliierten Druck auf Frankreich – Stresemanns Lösungsvorstellung – nicht erkannte<sup>104</sup>.

Die Rentenmark entwickelte sich nach einer anfänglichen Druckverzögerung schnell zu einem durchschlagenden Erfolg<sup>105</sup>, doch ihre Einführung im Rheinland war noch immer nicht in Sicht. Dazu stagnierte das Vorhaben der rheinischen Goldnotenbank. Und dann stellte auch noch die Reichsbank in Aussicht, kein Notgeld der Städte mehr anzunehmen, da sie mit dem Notgeld zugrunde gehe. Den Rheinländern gelang es zwar bei einer Verhandlung mit Vertretern der Reichsbank am 25. November in Köln, einen dahingehenden Beschluß zu verhindern<sup>106</sup>. Doch die Zeichen standen auf Sturm. Louis Hagen äußerte, was „aus dem besetzten Gebiet werden sollte, sei ihm unerfindlich“<sup>107</sup>.

Der Abbau der Krise auf Reichsebene verband sich im Rheinland mit alten und neuen Unsicherheiten über die eigene Zukunft und führte zu einer Symbiose ganz gegenläufiger Wahrnehmungen der Situation. Zunächst knüpfte man im Rheinland große Hoffnungen an die Regierungsbildung des Rheinländers Marx<sup>108</sup>. Im Dezember aber führten die beiden rheinischen Folgefragen der Währungsreform (die Währung im Rheinland und die Fortzahlung der Reichsleistungen, vor allem der Erwerbslosenfürsorge) zu verwirrenden Verhandlungen in Berlin.

Trotz der Bedenken des Reichswährungskommissars und Reichsbankpräsidenten Schacht, der insbesondere die hemmungslose Notgeldpolitik der Stadt Köln kritisierte, sollten die rheinischen Städte ein fundiertes und kontrolliertes einheitliches wertbeständiges Notgeld schaffen können, das allerdings erst nach einer gewissen Übergangszeit in Umlauf kommen könne<sup>109</sup>. Wochenlang wurden nun wechselvolle Verhandlungen um die rheinische Goldnotenbank geführt<sup>110</sup>.

In zähen Verhandlungen um die Weiterführung der Erwerbslosenfürsorge über den 25. November hinaus zeigte sich die Reichsregierung unterdessen durchaus konzessionsbereit. Stresemann brachte eine Kompromißlösung vor, „normale“, nicht aber

<sup>104</sup> Vgl. u. a. Adenauer noch am 9. 1. 1924 in der Besprechung von Vertretern des besetzten Gebiets mit Vertretern des Reichskabinetts: „Nach unserer Auffassung habe Deutschland weder von Amerika noch von England eine nennenswerte Hilfe zu erwarten; uns stehe vielmehr Frankreich allein gegenüber“. Niederschrift in: AdR Marx I und II, bearb. von Günther Abramowski, 2 Bde., Boppard 1973, S. 211; vgl. Recker, Besatzungsmacht, S. 120.

<sup>105</sup> Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Die Weimarer Republik, München<sup>7</sup> 1986, S. 168.

<sup>106</sup> Vgl. Niederschrift in: HASTK, 902/253/4, 247 ff.; vgl. auch AdR Marx I und II, S. 52–55, 65–69, 71 und 82–85.

<sup>107</sup> Protokoll der Sitzung des Verhandlungsausschusses des besetzten Gebietes am 24. 11. 1923 in Köln, in: HASTK, 902/253/4, 219 und Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 315.

<sup>108</sup> Vgl. Ulrich von Hehl, Wilhelm Marx 1863–1946, Mainz 1987, S. 267 und Schwarz, Aufstieg, S. 277.

<sup>109</sup> Vgl. die Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit d'Abernon vom 13. 12. 1923, in: ADAP, A IX, Göttingen 1991, S. 130.

<sup>110</sup> Vgl. AdR Marx I und II, S. 11 Anm. 5, S. 14, 31, 39 f., 52–55, 79, 83 ff., 101 ff., 106 f., 117–124, 139–142, 151–154 und 206 ff.

„künstliche“ Erwerbslosigkeit aus Reichsmitteln zu finanzieren<sup>111</sup>. Da jedoch niemand „normale“ Erwerbslosigkeit von „künstlicher“ zu trennen vermochte, zahlte das Reich vorerst weiter. Otto Braun, der im November eine so rigide Haltung gegenüber dem besetzten Gebiet vertreten hatte, sprach sich Anfang Dezember vor dem preußischen Landtag ausdrücklich gegen eine territoriale oder staatsrechtliche Änderung und zugleich für eine wirtschaftliche und finanzielle Gleichbehandlung von besetztem und unbesetztem Gebiet aus<sup>112</sup>. Stresemann votierte gegenüber dem wie üblich skeptischen Luther gegen eine voreilige Zahlungseinstellung und spielte wieder einmal auf Zeit. Schließlich bewilligte das Kabinett am 5. Dezember die Zahlung der Erwerbslosenfürsorge mindestens bis zum 31. März 1924 und verschaffte dem besetzten Gebiet damit viel Luft. Zugleich wurde auch die von Luther immer wieder geforderte Einstellung der Besatzungskosten im Laufe endloser Debatten *ad calendae graecas vertagt*<sup>113</sup>.

Häufig tagte in diesem Dezember das Reichskabinett zusammen mit Vertretern des besetzten Gebietes, und häufig nahm auch Adenauer daran teil. Währung, Erwerbslosenfürsorge, Besatzungskosten, Beamtenlohn, Eisenbahn und Post waren die Probleme, die Adenauer bei der Reichsregierung vorbrachte<sup>114</sup>, und oft geriet er mit ihr darüber in Konflikt. Kommunale Probleme waren es, die Adenauer zum Jahresende 1923 umtrieben, als er die Besserung der Krise noch immer nicht absah. „Kommunale Wohlfahrt“ war es, wofür er sich einsetzte, wofür er mit der Reichsregierung stritt. Denn was für das Reich notwendig war, mußte für Köln noch lange nicht gut sein. Als Oberbürgermeister nahm er die eigenartige Stellung ein, auf der einen Seite zu einer Funktionseélite des Reiches zu gehören, andererseits nahe an der Bevölkerung konkrete und elementare Politik betreiben zu müssen, die obendrein erfahrungsgemäß Schwächen und Versäumnisse der Reichszentrale auszubaden hatte<sup>115</sup>.

Neben diesen Vorstößen bei der Reichsregierung führte Adenauer seit Ende November verstärkt Verhandlungen mit französischen Stellen, wie verschiedene Rheinländer es seit der Hagener Konferenz getan hatten. Der Beginn dieser Initiativen Adenauers hängt mit Stresemanns Demission zusammen, denn zwischen Adenauer und Marx bestand ein vertrauensvolles Verhältnis. Viel mehr als Stresemann zuvor ließ Marx Adenauer gewähren<sup>116</sup>.

Als der Verhandlungsausschuß des Wirtschaftsausschusses des besetzten Gebietes am 24. November in der Kölner Handelskammer tagte, brachte Adenauer zum ersten

<sup>111</sup> Vgl. die Protokolle der Kabinettsitzungen vom 19. und vom 22. 11. 1923, in: AdR Stresemann, S. 1129f. und Anm. 24f. und S. 1161 (Zitat).

<sup>112</sup> Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 444 ff.

<sup>113</sup> Vgl. AdR Marx I und II, S. 15f., 29f., 41, 44, 143f., 165–171 und 210; Brief Luthers an das Reichsministerium für die besetzten Gebiete vom 14. 12. 1923, in: HASTK, 902/253/4, 389; Brief Adenauers an Luther vom 23. 1. 1924, in: HASTK, Bestand 1070: Nachlaß Wilhelm Marx 95, 66.

<sup>114</sup> Vgl. u. a. AdR Marx I und II, S. 4 Anm. 11, S. 51, 53f., 56ff., 61f. und 145.

<sup>115</sup> Vgl. dazu Wolfgang Hofmann, Oberbürgermeister als politische Elite im Wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Oberbürgermeister, Boppard 1981, S. 17–38, hier S. 19, 31 ff. und 35–38; vgl. auch Schwarz, Aufstieg, S. 250.

<sup>116</sup> Vgl. ebenda, S. 278.

Mal nachweislich seinen Plan eines Rheinbundesstaates und der wirtschaftlichen Kooperation mit Frankreich vor<sup>117</sup>. Adenauer sprach aber auch von einer möglicherweise sehr geringen Chance zur Verwirklichung dieses Planes, der allerdings ein „Opfer [...] im Interesse des Deutschtums“ und einen „Verzweiflungsschritt in größter Not“<sup>118</sup> darstelle. Waren dies noch möglicherweise unverbindliche, vor rheinischen Vertretern ausgesprochene Gedanken, so wurden sie bald konkret einsatzfähig. Fünf Tage nach dieser Sitzung suchte Adenauer erneut Tirard auf, der ihm eine Denkschrift mit dem Titel „Principes sur lesquels pourrait être basée la constitution d'un état rhénan“<sup>119</sup> überreichte. Tirard entwickelte darin die Vorstellung einer Konföderation mehrerer kleiner Staaten im Rheinland mit einem gemeinsamen Parlament unter deutscher Nationalität. Die Staaten der Konföderation sollten im Reichsrat, nicht aber im Reichstag vertreten sein und mit dem Deutschen Reich Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen als gemeinsame Angelegenheiten beibehalten. Die Konföderation selbst sollte eigene diplomatische Vertretungen im Ausland eröffnen, während die Besatzungsmächte diplomatisch durch die Hohen Kommissare vertreten werden sollten. Die Konföderation sollte über einen eigenen Etat und eine eigene Währung verfügen, die Eisenbahnen sollten alliierter Regie unterstellt werden. Das Entgegenkommen der Besatzungsmächte erschöpfte sich hingegen in unverbindlichen Absichtserklärungen und marginalen Zugeständnissen. Adenauer hielt diesen Plan für „unmöglich“, ließ sich aber nicht entmutigen, sondern entschloß sich, einen Gegenvorschlag zu überreichen – und da kamen seine kürzlich ausgeprägten Vorstellungen zum Zuge. Er arbeitete sie weiter aus und überreichte Tirard bei einer neuerlichen Begegnung am 12. Dezember in Bonn einen offiziellen „Gegenvorschlag“<sup>120</sup> zu dessen „Principes“.

Adenauer erkannte das französische Sicherheitsverlangen an, verwarf aber die Idee eines rheinischen Pufferstaates. Statt dessen plädierte er für einen vollwertigen westdeutschen Bundesstaat innerhalb des Reiches mit eigener Landesverfassung und Administration. Aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Bedeutung würde er starken Einfluß auf die deutsche Politik gewinnen und allein aus dem Bestreben heraus friedenssichernd wirken, einen erneuten deutsch-französischen Krieg vom eigenen Territorium fernzuhalten. Darüber hinaus sollten durch die gegenseitige Verflechtung

<sup>117</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Verwaltungsausschusses des besetzten Gebietes am 24. 11. 1923 in Köln, in: HASTK, 902/253/4, 227–233 und Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 317–320, sowie Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 148 f. Vgl. auch das Schreiben des Ministerialrats im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Graf Adelman, an den Reichsminister für die besetzten Gebiete vom 26. 11. 1923 sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats im Auswärtigen Amt, von Friedberg, vom 30. 11. 1923, in: ADAP, A IX, S. 51 und 67 ff. Schwarz, Aufstieg, S. 261 und 265 f. nimmt (allerdings ohne Beleg) an, Adenauer habe seine Vorstellungen bereits im Frühsommer und im Herbst 1923 ausgeprägt; bisher ist mir aber keine darauf hindeutende zuverlässige Äußerung vor dem 24. 11. 1923 bekannt.

<sup>118</sup> Protokoll der Sitzung des Verwaltungsausschusses des besetzten Gebietes am 24. 11. 1923 in Köln, in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 318 und 320.

<sup>119</sup> Ebenda, S. 322 f.

<sup>120</sup> Vgl. HASTK, 902/253/4, 317–325 und 902/253/7, 69–79; veröffentlicht in: Ebenda, S. 327–331.

der rheinisch-westfälischen, luxemburgischen und lothringischen Schwerindustrien gemeinsame wirtschaftliche Interessen geschaffen bzw. reaktiviert werden. Adenauer hoffte, das Reparations-, Besatzungs- und Rheinlandkommissionsproblem lösend, das gesamte deutsch-französische Verhältnis dauerhaft neuordnen und den Friedensprozeß einleiten zu können.

Geht man der Frage nach, ob hier nun eine eigenständige und nunmehr im Dezember ausgeprägte außenpolitische Konzeption Adenauers aufscheine, so sind verschiedene Zusammenhänge zu berücksichtigen. Zuerst war die rheinische Bundesstaatsidee nicht neu. Nicht nur im unmittelbaren Anschluß an den Ersten Weltkrieg waren verschiedene Vorstellungen einer staatsrechtlichen Umgestaltung im Rheinland aufgenommen. Bereits in den Verfassungsberatungen des Jahres 1919 war die Aufteilung des übermächtigen Bundesstaates Preußen erwogen worden<sup>121</sup>. Auch die Verflechtung der rheinisch-westfälischen mit der luxemburgischen und lothringischen Schwerindustrie war nichts Neues, sondern unter allerdings anderer Grenzziehung bis 1914 Realität<sup>122</sup>. Stinnes hatte die Verflechtung schon 1922 angeregt und Stresemann am 2. September 1923 in Stuttgart und weiterhin davon gesprochen. Adenauers Vorschlag war auch keine neuartige und über die Weimarer Republik hinausweisende Konzeption internationaler Beziehungen. Er vertrat vielmehr allgemeine Meinungen Weimarer Außenpolitik, wenn er zwar deutsche Ansprüche auf Elsaß-Lothringen aufzugeben bereit war, wie es ja in Locarno geschah (und bereits im September von Stresemann angedeutet worden war), nicht aber auf Westpreußen und Oberschlesien<sup>123</sup>. Neben diesem Kontext politischer Ideen ist der biographische zu berücksichtigen: die Bundesstaatsvorstellungen lassen sich nur zwischen Ende November 1923 und dem 23. Januar 1924 nachweisen. Allein quantitativ, aber auch intellektuell nehmen die rheinischen und Kölner Überlebensprobleme viel breiteren Raum ein. Inkubierte außenpolitische Konzeptionen hatten da keinen Platz. Schließlich hob Adenauer häufig hervor, und das war wohl nicht nur taktisch gemeint, diese Rheinbundesstaatspläne seien ein Opfer, wenn nicht gar ein „Verzweiflungsschritt in höchster Not“. Sie knüpften unter deutscher Maßgabe an Tirards Gesprächsbedingungen an und reihten sich in die verzweifelten Initiativen ein, mittels Selbsthilfe einen Gesprächsfaden mit Frankreich zu knüpfen, um die Besatzungsmacht für Entgegenkommen und Mithilfe bei der Bekämpfung der übermächtigen Krise zu gewinnen, während Stresemann im sich ver-

<sup>121</sup> Vgl. HASTK, 902/13/1 (3 Bde.): „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches“, der auch Adenauer angehörte.

<sup>122</sup> Von daher ist der Bezugspunkt dieser Ideen die Vorkriegszeit und nicht vorausdeutend die Montanunion, wie z. B. Rudolf Morsey nahelegt: Der Staatsmann im Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 40 (1976), S. 199–211, hier S. 210 und ders., Vom Kommunalpolitiker zum Kanzler. Die politische Rolle Konrad Adenauers in der Zeit der Weimarer Republik und in der Ära der Besatzungsherrschaft 1918–1949, in: Konrad Adenauer. Ziele und Wege, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1972, S. 13–81, hier S. 20.

<sup>123</sup> Vgl. Aufzeichnung Adenauers über ein Gespräch mit dem französischen Ingenieur und früheren Attaché an der französischen Botschaft in Berlin, Vincent Arnaud, vom 4. 12. 1923, in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 337.

dichtenden Vertrauen auf britischen Rückhalt Verhandlungen mit Frankreich vorerst zurückstellte. Die Rheinbundesstaatspläne stellen eine Beigabe zum permanenten Versuch Adenauers dar, jede sich bietende Chance zur Bewältigung der Krise zu nutzen, und sei sie noch so vage. Diskussionen um die außenpolitische Konzeption wie um den Separatismus gehen am Thema vorbei und verkennen die Dimension der Probleme, die sich Adenauer stellten und ihn bis zum letzten forderten.

Bereits Anfang Dezember bemühte sich Adenauer um Rückversicherung für seine Aktivitäten gegenüber der HIK bei der Reichsregierung, um nicht unerlaubt in deren Hoheitsgewässern zu segeln. Marx äußerte sich zwar skeptisch, stimmte aber zu, private Verhandlungen einzuleiten und „in einem gewissen Stadium“ der Reichsregierung zu übergeben<sup>124</sup>. Beide vereinbarten am 14. Dezember, sich gegenseitig über die jeweiligen Verhandlungen auf dem laufenden zu halten, Stresemann aber vorerst nicht zu informieren<sup>125</sup>. Soweit Stresemann Kenntnis von Adenauers Aktivitäten besaß, sprach er sich strikt dagegen aus. Als seine Politik nach monatelangem Warten endlich aufging, konnte Adenauers Engagement ihn nur noch stören. Daher erließ das Reichsaußenministerium Mitte Dezember 1923 die Weisung an die Rheinlandvertreter, „Besprechungen an Ort und Stelle, wie z. B. mit Herrn Tirard einzustellen“<sup>126</sup>. Doch Adenauer verfolgte seinen einmal eingeschlagenen Weg weiter.

Um die Weihnachtstage herum vollzog sich eine Positionsänderung bei Tirard und der HIK, die wohl mit dem generell in Frankreich zunehmenden Bestreben zusammenhing, zu einem direkten Einvernehmen mit Deutschland zu gelangen<sup>127</sup>. Als Adenauer am 27. Dezember erneut bei Tirard vorsprach, nahm dieser plötzlich eine ganz andere Haltung zu den Rheinbundesstaatsideen ein: er machte erhebliche Konzessionen, erhob seine früheren Bedenken nicht mehr, stellte nur noch verhältnismäßig marginale Bedingungen und erklärte weitere Organisationsfragen zu deutschen und rheinischen inneren Angelegenheiten<sup>128</sup>.

Adenauer glaubte jetzt an die Chance für seine Pläne und fragte um ein Gespräch mit dem Kabinett nach. Marx bat für den 9. Januar in die Reichskanzlei<sup>129</sup>.

Aber alle Hoffnungen Adenauers erhielten am 9. Januar einen jähen Dämpfer, als er, Hagen, Stinnes, Vögler, Mönning und Silverberg in der Berliner Reichskanzlei mit

<sup>124</sup> Aufzeichnung Adenauers vom 6. 12. 1923, in: HASTK, 902/253/4, 309ff. und Erdmann, ebenda, S. 327.

<sup>125</sup> Vgl. Adenauers Aufzeichnung vom 14. 12. 1923 über ein Gespräch mit Marx, in: HASTK, 902/253/4, 365ff.; Hugo Stehkämper, *Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx*, 4 Bde., Köln 1968, II, S. 95 und Erdmann, ebenda, S. 335f.

<sup>126</sup> So von Schubert am 13. 12. 1923 gegenüber Lord d'Abernon, in: ADAP, A IX, S. 130; vgl. Stresemann, *Vermächtnis I*, S. 264, 271f. und 276f.; vgl. auch das Rundschreiben des Auswärtigen Amts an die Reichsminister vom 26. 12. 1923, in: AdR Marx I und II, S. 155–161.

<sup>127</sup> Vgl. den Lagebericht von Hoeschs vom 29. 12. 1923, in: ADAP, A IX, S. 194ff.

<sup>128</sup> Vgl. den Brief Adenauers an Arnaud vom 28. 12. 1923, in: HASTK, 902/253/7, 103–109 und Erdmann, *Rheinlandpolitik/Dokumente*, S. 339–342, und den Brief Adenauers an Hamspohn vom selben Tag, in: HASTK, 902/253/7, 97–102 und Erdmann, ebenda, S. 343–346; vgl. auch die Darstellung bei Erdmann, *Rheinlandpolitik*, S. 165ff.

<sup>129</sup> Vgl. Adenauer an Marx und Marx an Adenauer am 2./3. 1. 1924, in: HASTK, 902/253/4, 449–452.

Marx, Stresemann, Luther, Jarres, dem Minister für die besetzten Gebiete Höfle, Brauns und Reichswirtschaftsminister Hamm zusammenkamen<sup>130</sup>. Adenauer zeichnete in seinen Ausführungen ein unzeitgemäß drastisches Bild der Lage Deutschlands<sup>131</sup>. Von England und den USA sei keine konkrete Hilfe zu erwarten, „ein weiteres Zuwarten [sei] unerträglich“ und führe zum Auseinanderbrechen des Deutschen Reiches. Unter dem Vorbehalt, daß die Regierung keine Aussicht auf eine anderweitige tragbare Regelung habe, bestehe die letzte und einzige Möglichkeit im Versuch direkter Verständigung mit Frankreich, dessen Forderungen nach Sicherheit und Reparationen ernst zu nehmen seien. Für diese Verständigung sei auch ein teurer Preis gerechtfertigt: der westdeutsche Bundesstaat. Er löse die Reparations- und Besatzungsfrage, und von ihm sei „schwerer Schaden für Deutschland kaum“ zu erwarten. Dann schilderte er ausführlich seine Verhandlungen, von denen Stresemann erstmals erfuhr. Adenauers Einschätzung und Argumentation sind nicht immer stringent<sup>132</sup>, und neben der mittlerweile gänzlich veränderten Auffassung der Reichsregierung wird wohl auch das zur sehr skeptischen Reaktion des Kabinetts beigetragen haben. Stresemann verlangte Aufschub aller Initiativen in dieser Richtung bis nach den französischen Wahlen im Mai. Die Reichsregierung gestattete zwar weitere private Gespräche, beharrte aber auf ungestörter Fortführung der französisch-deutschen Regierungsverhandlungen und engster Fühlungnahme zwischen den privaten Unterhändlern und der Reichsregierung<sup>133</sup>.

Die herbsten Rückschläge brachten Adenauer schließlich Stresemann und Tirard bei. Stresemann verweigerte seine Unterschrift unter das Kabinettsprotokoll vom 9. Januar. Dafür erhob er in einem langen und ungewöhnlich deutlichen Brief an Marx<sup>134</sup> „gerade vom Standpunkt des Außenministeriums [...] entschieden Einspruch“ gegen Adenauers Vorstellungen, und neben allen sachlichen Differenzen spricht aus diesem Brief auch eine „herzhafte Abneigung“<sup>135</sup> Stresemanns gegen Adenauer. Er wies dessen Prophezeiung vom baldigen Zusammenbruch Deutschlands zurück und kritisierte den geringen Informationsgrad der Rheinlandvertreter. Er lehnte die Berechtigung

<sup>130</sup> Über diese Besprechung existieren drei Aufzeichnungen: ein Stichwortprotokoll vermutlich von Jarres (Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 351 ff.), eine Niederschrift mit handschriftlichen Notizen aus dem Nachlaß von Marx (HASTK, 1070/95, 50–57, HASTK, 902/352/4, 459–473 und PA/AA, NL Stresemann 263, H 146619–625; veröffentlicht in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 353–358 und AdR Marx I und II, S. 211–215) und eine stichwortartige Aufzeichnung Adenauers (HASTK, 902/253/4, 489 und 491; veröffentlicht in: Erdmann, ebenda, S. 358 f.); vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 172 Anm. 38.

<sup>131</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen Adenauers und den Zitaten Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 351 f. und 354 und AdR Marx I und II, S. 212.

<sup>132</sup> Einerseits bezeichnete er z. B. den westdeutschen Bundesstaat als „durchaus unerwünscht“ (AdR Marx I und II, S. 212 und Erdmann, ebenda, S. 355), andererseits sprach er mit einer gewissen Sympathie darüber.

<sup>133</sup> Vgl. AdR Marx I und II, S. 211 und 215 sowie Erdmann, ebenda, S. 353 und 357.

<sup>134</sup> Brief Stresemanns an Marx vom 16. 1. 1924, in: HASTK, 1070/95, 59–63; ADAP, A IX, S. 252–257 (Zitate: S. 253 und 255) und Erdmann, ebenda, S. 361–365 (Zitate: S. 362, 363 und 364).

<sup>135</sup> Schwarz, Aufstieg, S. 288.

eines weitergehenden französischen Sicherheitsinteresses, das Adenauer anerkannt hatte, strikt ab. Den rheinischen Unterhändlern räumte er nur abschätzig einen untergeordneten Status als „fünf Herren in Deutschland“ im Vergleich zu den Verhandlungen des Reiches mit der gesamten Entente ein. Von einer Autorisierung der Rheinlandvertreter befürchtete er untragbare, aber irreversible Ergebnisse und „de facto [die] Ausschaltung des Auswärtigen Amtes“. Schließlich forderte er, das Kabinett möge auch nur den Anschein einer Begünstigung solcher Verhandlungen der Rheinländer vermeiden.

Stresemann war fest entschlossen, die gerade wieder ergriffenen Zügel der deutschen Außenpolitik in der Hand zu behalten und sich den Kutschbock nicht mit eigeninitiativen Außenpolitikern zu teilen. Von seiten der deutschen Reichsregierung waren die Chancen für Adenauers Pläne auf den Nullpunkt gesunken. Den nächsten Schlag versetzte ihnen nun Tirard, mit dem Adenauer am 19. Januar in Koblenz erneut zusammentraf<sup>136</sup>. Für weitere Verhandlungen forderte er die Einführung der deutschen Vertreter „als offizielle Verhandler“ durch von Hoesch. Nach Lage der deutschen Dinge war dies eine vollkommen unerfüllbare Forderung, und so gerieten Adenauers Pläne nach diesem letzten „Todesstoß“<sup>137</sup> von französischer Seite innerhalb von zehn Tagen endgültig ins Abseits.

Am 21. Januar reiste Adenauer nach Berlin. Am Nachmittag sprachen sich Hagen, Vögler, Silverberg und Adenauer aus und kamen zu der Überzeugung, „daß, solange Herr Stresemann etwaige Verhandlungen unsererseits durchkreuze, zweckmäßig überhaupt keine Verhandlungen stattfänden“<sup>138</sup>. Daraufhin schrieb Adenauer am 23. Januar einen Brief an Marx<sup>139</sup>, in dem er mitteilte, sich zusammen mit den genannten rheinischen Vertretern „jeder weiteren Betätigung in der in den Verhandlungen am 8. und 9. Januar gekennzeichneten Richtung [zu] enthalten“. Für das Rheinland waren die Probleme Anfang 1924 noch keineswegs behoben, und die Lage blieb auch einige Zeit ernst, doch die Entspannung griff nun auch in den am stärksten betroffenen Gebieten spürbar. Adenauer beschäftigte sich wie ehemals mit konkreten kommunalen Problemen, auch im Kontakt mit der Reichsregierung<sup>140</sup>. Die von der Reichsregierung immer wieder dilatorisch behandelten Pläne zur Errichtung der rheinischen Goldnotenbank wurden schließlich von rheinischer Seite fallengelassen<sup>141</sup>. Von seinen Rheinbundesstaatsplänen sprach Adenauer nun gar nicht mehr.

Gerade Karl Dietrich Erdmann hat diesen Plänen Adenauers erhebliches Gewicht beigemessen: hier, so glaubte er, manifestiere sich der Kern der Adenauerschen Politik, die er

<sup>136</sup> Vgl. Adenauers Aufzeichnung über diese Unterredung, in: HASTK, 902/253/7, 131 ff. und Erdmann, ebenda, S. 367 f. (Zitat: S. 368).

<sup>137</sup> Schwarz, Aufstieg, S. 268.

<sup>138</sup> Aufzeichnung Adenauers über seine Besprechungen in Berlin, in: HASTK, 902/253/4, 525 und Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 371.

<sup>139</sup> Vgl. HASTK, 1070/95, 65a–d; HASTK, 902/253/4, 517 ff. und Erdmann, ebenda, S. 369 f. (Zitat: S. 369).

<sup>140</sup> Vgl. die Besprechungsprotokolle, in: AdR Marx I und II, S. 312, 329–333, 335 Anm. 13 und S. 424 f.

<sup>141</sup> Vgl. ebenda, S. 216 ff., 278 Anm. 14 und S. 312.

in die Bundesrepublik hinübergetragen habe<sup>142</sup>. Betrachtet man die Dokumente nur für sich, ist diese Interpretation durchaus schlüssig, zieht man jedoch den Kontext hinzu, verliert sie an Konsistenz. Plausibler als die in den frühen Jahren der Weimarer Republik ausgeprägte außenpolitische Konzeption Adenauers ist die These, daß Adenauer erstens bis in den Januar 1924 hinein eine ununterbrochene und aussichtslose Notlage wahrnahm, die verwirrende Haltung der Reichsregierung ihn zweitens in seiner Skepsis über die Zuverlässigkeit der Berliner Zentrale bestärkte und er drittens seit November französische Gesprächsbereitschaft erkannte. Diese drei Faktoren bewogen ihn, den französischen Gesprächsfaden aufzunehmen und als „Verzweiflungsschritt in größter Not“ unter Kompromissen daran anzuknüpfen. Möglicherweise entfaltete dieser Verhandlungsprozeß dann seine eigene Dynamik, in die sich Adenauer hineinsteigerte, während er die Tragweite der auch im Rheinland einsetzenden Krisenentspannung zum Jahresende nicht erkannte, bis er am 9. Januar bei der Reichsregierung ein böses Erwachen erlebte.

#### IV. Ergebnis

Als Gustav Streseemann mitten im Ruhrkampf das Ruder der deutschen Politik übernahm, da konnte es nicht um Konzeptionen gehen, sondern nur um die Liquidierung der Krise. Unter dieser Maßgabe verfolgte er zwei grundlegende Zielvorgaben: erstens sollte die Erhaltung von Reichseinheit und Staat gewährleistet, zweitens das Ruhrgebiet von der Besatzung geräumt werden. Dieses zweite Ziel wurde später zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung herabgestuft. Im Verfolg dieser Vorgaben setzte Streseemann auf zwei Methoden: zum einen signalisierte er Frankreich gegenüber Gesprächsbereitschaft, zum anderen wartete er auf eine angelsächsische Intervention gegen Frankreichs Hegemonialpolitik zu Deutschlands Gunsten. Und deshalb setzte er in den zugespitzten und nach Entscheidungen verlangenden Wochen im September und November immer wieder auf Zeitgewinn. Nach der Überwindung von Ruhrkampf und Rhein-Ruhr-Krise wurde wieder Raum für eigene Initiativen frei. Streseemann entfaltete seine Außenpolitik von Locarno, Genf und Thoiry. Seine Grundmotivation bestand nach allem, was wir wissen, darin, „Deutschland eine vollgültige Großmachtstellung zu sichern“, möglicherweise auch im Sinne einer „Vorherrschaft Deutschlands in Europa“<sup>143</sup>. Dabei gewann die „Politik vernünftiger Verständigung“<sup>144</sup> immer mehr an Wert. Im Ruhrkampf hatte es Streseemann nur darum gehen können, die Potentiale in der Hand zu behalten.

<sup>142</sup> Vgl. Karl Dietrich Erdmann, *Der „entmythologisierte“ Adenauer*, in: *HZ* 243 (1986), S. 627–637, hier S. 627 f. und 633; ders., *Stresemann und Adenauer. Zwei Wege deutscher Politik*, in: *Aus Reichsgeschichte und Nordischer Geschichte. Festschrift für Karl Jordan*, Stuttgart 1972, S. 397–410, hier S. 398 und 405 ff. sowie ders., *Rheinlandpolitik*, S. 70.

<sup>143</sup> Krüger, *Außenpolitik*, S. 215 (vgl. auch S. 217) und Eberhard Kolb, *Probleme einer modernen Stresemann-Biographie*, in: Otmar Franz (Hrsg.), *Am Wendepunkt der europäischen Geschichte*, Göttingen 1981, S. 107–134, hier S. 127 (vgl. auch S. 128 f.).

<sup>144</sup> Stresemann vor dem DVP-Parteitag am 2. 9. 1926 in Köln, in: *PA/AA, NL Stresemann 44, H 162597*.

Als die Krise im Spätsommer und Herbst 1923 die „britische Insel“ Köln erfaßte, wurde Adenauer initiativ. Sein Handeln läßt sich aus den Quellen heraus und heuristisch gesichert vor allem darauf zurückführen, daß er die soziale Krise und den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung von Köln und dem Rheinland abzuwenden suchte. Adenauer hatte nach der Rhein-Ruhr-Krise wenig mit der Reichspolitik zu tun und auf diesem Gebiet auch kaum Ambitionen<sup>145</sup>. Aus seinen umfangreichen Tätigkeiten und Initiativen in Köln und Umgebung läßt sich die Richtlinie seines politischen Handelns als „kommunale Wohlfahrt“ mit rheinischem Horizont interpretieren.

In den politischen Auseinandersetzungen der Rhein-Ruhr-Krise nahm das persönliche Verhältnis zwischen Stresemann und Adenauer nachhaltig Schaden. Im Verlauf der nächsten Jahre pflegten sie ein unter Politikern nicht unübliches Verhältnis gegenseitiger Abneigung, deren Bedeutung man aber auch nicht überstrapazieren sollte. Einmal wurde sie politisch relevant: als Stresemann im Mai 1926 die Berufung Adenauers zum Reichskanzler und somit zu seinem Regierungschef verhinderte<sup>146</sup>.

Die zweifellos vorhandenen „tief eingewurzelten antipreußischen Animositäten im Rheinland und in Westfalen“<sup>147</sup> verleiten immer wieder zu kollektiven Vorurteilen. Auch Adenauer gilt stets als eingefleischter Antipreuße<sup>148</sup>. Abgesehen davon, daß ein gewisses Maß an regionalen Vorlieben und Antipathien auch ganz menschlich ist, ohne politisch relevant zu sein, läßt Adenauers Politik in der Weimarer Republik auf antipreußische Ressentiments aber nicht schließen. „Rheinländer“ war er auf der politischen Bühne als Vertreter einer Kommune und einer Region, nicht als landsmannschaftlicher Folklorist.

Die entscheidenden Bedingungen für Stresemanns und Adenauers Verhältnis waren die institutionellen. Ihre Konflikte waren vor allem die eines Reichskanzlers und Reichsaußenministers, der die Belange des Reiches im Blick hat, und eines Oberbürgermeisters und Vertreters des besetzten Gebietes, der vor allem kommunale Interessen und die der zugehörigen Region verfolgt. Wenn beider Interessen kollidierten, was mitunter zwangsläufig geschah, gerieten auch Stresemann und Adenauer in Konflikt. Dazu mischte sich bei eben diesen beiden eine deutliche persönliche Komponente.

<sup>145</sup> Bezeichnenderweise füllt die Akte zum „Schriftwechsel mit dem Reichsministerium des Äußeren 1928“ eine Beratung darüber, ob der Kölner Gesangverein „Polihymnia“ in London konzertieren solle oder nicht, in: HASTK, 902/3.

<sup>146</sup> Vgl. dazu Adenauers Aufzeichnungen in: Paul Weymar, Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955, S. 129–143 und Stresemanns Unterlagen zur Regierungskrise im Mai 1926, in: PA/AA, NL Stresemann 37 und 38, H 161461–483; vgl. Hugo Stehkämper, Adenauer und das Reichskanzleramt während der Weimarer Zeit, in: Ders. (Hrsg.), Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, Köln 1976, S. 405–431, hier S. 412–420 sowie Felix Hirsch, Stresemann and Adenauer. Two Great Leaders of German Democracy in Times of Crisis, in: Studies in Diplomatic History and Historiography. Festschrift für George P. Gooch, London 1961, S. 266–280, hier S. 268 ff.

<sup>147</sup> Manfred Botzenhart, Reform, Restauration, Krise. Deutschland 1789–1847, Frankfurt a. M. 1985, S. 132.

<sup>148</sup> Auch Willy Brandt (in: Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 37) berichtet die vielzitierte Legende, Adenauer habe auf dem Weg nach Berlin ab Magdeburg die Vorhänge seines Eisenbahnabteils zugezogen. Belegbar ist das allerdings kaum.

Zwei Episoden aus den Jahren 1925 und 1927 mögen diese These noch einmal bekräftigen. Adenauer äußerte sich immer wieder kritisch über die Locarno-Verträge von 1925. Wie „dieses Unstete und Schaukelnde an der deutschen Außenpolitik, die Art, wie diese Politik gemacht werde“<sup>149</sup>, lehnte er Stresemanns Außenpolitik dauerhaft ab. Dabei lag Stresemanns Verständigungspolitik mit Frankreich substantiell nicht weit weg von der Politik, die Adenauer 1923 gefordert hatte, und auch nicht weit weg von Adenauers eigener Frankreichpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine Haltung erklärt sich aber recht einfach, wenn man bedenkt, daß Stresemanns Verständigungspolitik keine greifbaren Erfolge für die Stadt des Kölner Oberbürgermeisters erbrachte.

1927 übte der Reparationsagent Parker Gilbert „heftigste Kritik an der deutschen Finanzgebarung“<sup>150</sup>. Auch Stresemann kritisierte die kommunale Prachtentfaltung der deutschen Städte. Gerade Adenauer hatte in Köln durch Anleihen auf dem ausländischen Kapitalmarkt erhebliche öffentliche Investitionen getätigt. Die Folgen waren ein Januskopf: auf kommunaler Ebene wirkten sich all diese Maßnahmen stabilisierend aus, führten aber zu einer hohen Verschuldung der Stadt Köln und erweckten im Ausland den Eindruck deutschen Überflusses. Das mußte, so fürchtete Stresemann, die Argumentation der Reichsregierung unglaubwürdig machen, bei prinzipieller Zahlungswilligkeit auf Dauer nicht zahlungsfähig zu sein, und somit die offizielle deutsche Reparationspolitik unterminieren<sup>151</sup>. Für den Kölner Oberbürgermeister indes war die Regelung der Reparationen von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem Aufblühen der Stadt Köln.

Die Ebene der außenpolitischen Konzeption, die Stresemann und Adenauer entzweit haben könnte, trägt wenig bei zum Verständnis ihres Verhältnisses. Stresemann wird 1923 zwar auch über den Tag hinausgehende außenpolitische Vorstellungen gehabt haben, diese standen angesichts dringender erforderlichen Krisenmanagements allerdings nicht auf der Tagesordnung. Adenauer besaß normale und unverbindliche Grundvorstellungen von Außenpolitik, wie sie jeder (Oberbürgermeister) hat.

Karl Dietrich Erdmanns These, er habe eine ausgeprägte außenpolitische Konzeption oder gar „eine in die Zukunft weisende Vision“ entwickelt, für die „damals die Zeit noch nicht reif“ gewesen sei<sup>152</sup>, ist zu hoch gegriffen. Sechs Gründe sprechen gegen die Annahme dieser außenpolitischen Konzeption: 1) Adenauers Rheinbundesstaatspläne traten erst in dem Moment auf, als Köln direkt von der Krise erfaßt war, und dieser Zusammenhang ist nicht nur chronologisch, sondern kausal. Die Rheinbundesstaatspläne waren und blieben an die Krise gebunden, waren Krisenreflex. 2) Sie waren in sich

<sup>149</sup> Weymar, Adenauer, S. 132; vgl. das Protokoll über die Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Locarno-Konferenz am 21. 10. 1925, in: AdR Luther I und II, bearb. von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard 1977, S. 789–792; vgl. auch Schwarz, Aufstieg, S. 307.

<sup>150</sup> Stresemann, Vermächtnis III, S. 262; vgl. dazu William C. McNeil, *American Money and the Weimar Republic. Economics and Politics on the Eve of the Great Depression*, New York 1986, S. 183 ff. und 278 ff.

<sup>151</sup> Vgl. den Brief Jarres' an Stresemann vom 11. 11. 1927, in: PA/AA, NL Stresemann 61, H 166672 und den Brief Stresemanns an Jarres vom 24. 11. 1927, in: Stresemann, Vermächtnis III, S. 263 f.

<sup>152</sup> Erdmann, *Der „entmythologisierte“ Adenauer*, S. 628.

nicht schlüssig, sondern wie alle übrigen Krisenbekämpfungsstrategien aporetisch. 3) Nach dem 23. Januar verschwanden die Rheinbundesstaatspläne unvermittelt wieder für die gesamte Dauer der Weimarer Republik. 4) Adenauer lehnte Stresemanns Westverständigungspolitik dauerhaft ab. Was mit der These einer Konzeption Adenauers nicht vereinbar ist, läßt sich in zweiter Linie aus persönlichen Vorbehalten Adenauers gegenüber Stresemann, in erster Linie aber aus institutionell-kommunalen Motiven schlüssig erklären. 5) Der relativ geringe außenpolitische Informationsgrad Adenauers<sup>153</sup> läßt auf eine wenig ausgiebige Beschäftigung mit Außenpolitik schließen und spricht wiederum gegen eine ausgereifte Konzeption. 6) Adenauer selbst erinnerte sich gute vierzig Jahre später<sup>154</sup> nicht an Konzeptionen, vielmehr hatte sich bei ihm die Erinnerung an die Rettung des Rheinlandes verfestigt, was sicher seiner eigenen Wahrnehmung von 1923 entspricht.

Auch eine separatistische Motivation Adenauers (Henning Köhler) läßt sich nur mit einseitig vorurteilenden Hypothesen belegen und ist nicht haltbar. Wenn Hans-Peter Schwarz Adenauers Pragmatismus in seinen Auseinandersetzungen mit Stresemann in den Mittelpunkt rückt, dann hat er zwar recht, doch der kommunalpolitische Antrieb seiner Politik war mehr als das. Man sollte den Mitt- und Endvierziger Adenauer als denjenigen ernst nehmen und begreifen, der er nicht zuletzt qua Selbstverständnis so augenscheinlich war<sup>155</sup>: Kölner Oberbürgermeister – und somit engagierter Kommunalpolitiker wie auch Mitglied einer gesellschaftlich-politischen Funktionselite. Begreift man seine Politik in der Weimarer Republik von dieser Grundmotivation aus, dann erklärt sie sich durchgehend schlüssig. Und dann erübrigen sich die logischen Zwangslagen, die sich stellen, will man ihn als praefigurierten Außenpolitiker oder als opportunistischen Separatisten begreifen. „Kommunale Wohlfahrt“, wie er sie verstand, war Adenauers Antrieb in seinem Amt als Oberbürgermeister der größten Stadt im Rheinland. Und kaum jemand hat das genauer auf den Punkt gebracht als Gustav Stresemann, sein alter Widersacher von 1923: „Persönlich ist Adenauer für Köln unzweifelhaft glänzend, ob immer im Reichsinteresse handelnd, wohl zu bezweifeln. Wundervoll war das Frühstück im Rathaus und die prunkvolle Art der Tafel. Die Oberbürgermeister des heutigen Deutschlands sind in Wirklichkeit neben den Großindustriellen die Könige der Gegenwart.“<sup>156</sup>

<sup>153</sup> Adenauer sprach im Zusammenhang des Dawes-Plans und der Locarno-Verträge selbst davon, „ohne Kenntnis der inneren Vorgänge“ zu sein, in: Weymar, Adenauer, S. 132f.

<sup>154</sup> Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Unterredung mit Konrad Adenauer, Dienstag 9. 3. 1965, Bundeshaus, 10.30–12.00 Uhr, in: Klett Cotta. Die ersten zehn Jahre 1977–1987, Stuttgart 1987, S. 188.

<sup>155</sup> Vgl. zum methodischen Ansatz der Interpretation von Politikerkonzeptionen Otto Pflanze, Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, in: HZ 234 (1982), S. 561–599, der darauf hinweist, daß die vom Historiker festgestellte Programmatik auch mit der betreffenden Person übereinstimmen soll.

<sup>156</sup> Tagebuchnotiz Stresemanns vom 16. Mai 1925, in: Stresemann, Vermächtnis II, S. 300.